



13^{ème} procès-verbal du Conseil de ville / 13. Stadtratsprotokoll

Séance du jeudi 22 octobre 2009 à 18 heures

Sitzung vom Donnerstag, 22. Oktober 2009, 18.00 Uhr

Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2

Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2

Présents / Anwesend:

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Muriel Beck Kadima, Paul Blösch, Andreas Bösch, Urs Brassel, Patrick Calegari, Barbara Chevallier, Marc Despont, Pablo Donzé, René Eschmann, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Urs Grob, Samuel Grünenwald, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Markus Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Stefan Kaufmann, Hans-Ulrich Köhli, Sabine Kronenberg, Thomas Lachat, Teres Liechti Gertsch, Fiorella Linder, Christian Löffel, Claire Magnin, Joseline Marti-Stolz, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Thomas Rüfenacht, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Andreas Sutter, Anna Tanner, Ariane Tonon, Martin Wiederkehr, Max Wiher, Sybille Zingg, Carine Zuber

Absence(s) excusée(s) / Entschuldigt:

Christoph Grupp, Martin Scherrer

Représentation du Conseil municipal / Vertretung des Gemeinderates:

Hans Stöckli, Maire

François Contini, Erich Fehr, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert

Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal / Entschuldigt Gemeinderat:

Silvia Steidle

Présidence / Vorsitz:

Olivier Ammann, Président du Conseil de ville

Secrétariat / Sekretariat:

Regula Klemmer, Secrétaire parlementaire

Affaires traitées / Behandelte Geschäfte	Page / Seite
213. 20090017 Budget 2010.....	587
• Débat d'entrée en matière	587
• Débat concernant les récapitulations par groupes de matières	602
• Discussion par direction	602
• Mairie	602
• Direction des finances.....	603
• Direction de la sécurité.....	605
• Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture	610
• Direction des travaux publics	628
• Comptes spéciaux.....	632
214. 20080260 Tram régional: contribution à l'avant-projet / crédit additionnel	637
215. 20070365 Harmonisation des registres selon les directives de la Confédération et du canton / Sous-projet EGID/EWID / Contrat de prestation / Crédit additionnel.....	638

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Je vous salue cordialement pour la deuxième partie de cette séance d'octobre, respectivement pour la 13^{ème} séance du Conseil de ville.

J'aimerais saluer dans la tribune Monsieur Jean-Pierre Latscha, Président du Conseil général de La Neuveville. Il vient observer comment fonctionne notre Conseil de ville. Je souhaite que les débats ne soient pas trop ennuyants pour lui.

Sur la table de l'huissier vous trouverez:

- Invitation du Groupe des Verts Bienne à un podium "Urbanisme à Bienne: Dans quelle ville voulons-nous vivre?", le 4.11.2009, à l'Aula de l'École du Marché-Neuf.

Vu l'absence de Monsieur Christoph Grupp, celui-ci m'a demandé de reporter à la séance de novembre les points 20 et 34 de l'ordre du jour. Je suppose que nous n'arriverons même pas jusque-là ce soir.

Monsieur Klopfenstein m'indique qu'un vélo se trouve dans la salle, comme exemple pour le point 14 de l'ordre du jour (Système de vélos en libre service à Bienne).

Comme je vous l'avais dit hier, pour le point 8 de l'ordre du jour, les temps de parole sont légèrement réduits.

213. 20090017 Budget 2010

Débat d'entrée en matière

Liechi Gertsch Teres, GPK: Die Eintretensdebatte für das Budget 2010 beginnt erst heute. Die gestern behandelten Geschäfte waren sozusagen vorbereitende Geschäfte, welche einen direkten Einfluss auf das Budget haben. Dies ist an sich nichts Neues und es ist auch nicht das erste Mal, dass die Budgetdebatte erst am zweiten Ratsabend beginnt. Heute kann die Sitzung aber nicht abgebrochen werden, bevor die Beschlüsse zum Budget gefallen sind. Herr Stöckli hat sich offenbar verspätet. Herr Klopfenstein hat dafür versprochen, bei der Eintretensdebatte besonders gut zuzuhören und nichts zu sagen. Dies ist natürlich eine Traum-Exekutive für uns.

In den zwei Legislaturen, während welchen ich nun im Stadtrat bin, sprach sich die GPK acht Mal für ein Eintreten aus... (Anmerkung Ratssekretariat: Gemäss Art. 51 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996, SGR 151.21, kann das Eintreten nicht bestritten werden). Übrigens war bei diesen acht Malen nie eine Frau Präsidentin - offenbar spart man diese für schwierige Momente... Meine acht Vorgänger konnten sich jeweils recht gut auf das Vorjahresvotum ihres jeweiligen Vorgängers stützen. Regelmässig konnten die GPK-Präsidiien Budgetdefizite zwischen CHF 9 und 11 Mio. kommentieren und andeuten, dass die Rechnung wohl ganz anders aussehen werde, nämlich ein weiteres Mal üppig schwarz. Ab und zu legten sie süffisant den Finger darauf, wie sehr die roten

Budgets und schwarzen Rechnungsergebnisse regelmässig auseinanderklafften, nämlich um CHF 30, 40 oder 50 Mio. Bei der Rechnung 2008, welche der Stadtrat im letzten Juni beriet, betrug die Abweichung CHF 54 Mio. bei einem Ertragsüberschuss von CHF 37 Mio. Auf eine Entnahme aus den Spezialfinanzierungen konnte dadurch verzichtet werden.

Dieses Jahr sieht die Situation anders aus. Wirtschaftslage wie auch die Gemütslage der Bevölkerung haben sich verändert. Dass die Stadt nicht nur ein budgetiertes, sondern auch ein realisiertes Defizit für 2010 ausweisen wird, ist mehr als wahrscheinlich, ja im Prinzip sicher. Niemand kann allerdings mit Sicherheit sagen, wie hoch das Defizit tatsächlich ausfallen wird. Weder Blauäugigkeit noch Panikmache sind hier hilfreich oder angebracht. Seit dem Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise wurden auf allen Ebenen, in Wirtschafts-, Polit- und Bankenkreisen, fantastische Falschvoraussagen im Guten wie im Schlechten gemacht. Der Budgetierungsprozess als solcher ist immer eine schwierige Aufgabe für ein Gemeinwesen. Zweifellos war es dieses Mal noch schwieriger sowohl für die Direktionen, die einzelnen Abteilungen als auch für den Gemeinderat (zusammen mit dem Finanz- und Steuerverwalter) und auch belastender. Die GPK verschliesst sich diesen Tatsachen nicht. Sie hat immer betont, dass in Biel grundsätzlich verantwortungsvoll budgetiert wird, und dass die Grössenordnungen als solche stimmen. Dass das Parlament gewisse Korrekturen anbringt, ist absolut alltäglich und auch verständlich.

Zuerst komme ich nun zu den finanztechnischen Seiten des Budgets. Die GPK hat sich eingehend mit dem Finanz- und Steuerverwalter unterhalten. Alle Fragen finanztechnischer und -philosophischer Art wurden zur Zufriedenheit der GPK beantwortet. Mit dem Finanzverwalter, Herrn Rasper, gab es anschliessend auch noch weitere Kontakte per E-Mail und Telefon. Er stand immer zur Verfügung und erteilte alle gewünschten Auskünfte. Herr Trösch hat einen würdigen Nachfolger und ich möchte Herrn Rasper bestens für die gute Zusammenarbeit danken.

Die Eckzahlen zum Budget sind dem Parlament bekannt. Sie wurden in den Fraktionen beraten. Bei einem budgetierten Aufwand von CHF 381 Mio. und einem Ertrag von CHF 361 Mio. ergibt sich ein Defizit von knapp CHF 20 Mio., welches der Gemeinderat dem Stadtrat heute vorlegt. Es handelt sich also um CHF 20 Mio. und nicht um CHF 75 Mio., welche offenbar auch im Raum stehen. Entnahmen aus Spezialfinanzierungen können nicht zum Defizit gerechnet werden, auch wenn gewisse Fraktionen den Spezialfinanzierungen gegenüber skeptisch eingestellt sind. Wenn CHF 56 Mio. aus den CHF 130 Mio. Spezialfinanzierungen entnommen werden, dann sind dies Gelder, die in den letzten Jahren aus Ertragsüberschüssen angelegt wurden. Es handelt sich um Geld, das der Stadt Biel gehört und nicht um Schulden. Der Versuch, das Defizit auf diese Art noch zu verschlimmern, ist absurd. Zu einem Defizit von CHF 75 Mio. würde die GPK nie Hand bieten. Die GPK findet aber, ein Budgetdefizit zwischen CHF 19 und 21 Mio. sei verantwortbar.

Zum Stichwort Investitionen lässt sich sagen, dass für 2010 hohe Investitionen budgetiert sind. Das ist auch richtig so. In einer Krise soll sich der Staat antizyklisch verhalten. Dies forderte gestern auch die Gewerkschaft UNIA mit ihrem Auftritt "Nägel mit Köpfen". Die Stadt möchte das auch tun. Es besteht ja auch Handlungsbedarf auf ganz verschiedenen Ebenen. Davon wird sicher noch in der Investitionsplanung die

Rede sein. Nettoinvestitionen über CHF 90 Mio. sind gewaltig, davon sind CHF 40,3 Mio. für die Stades de Bienne vorgesehen. Wie das Parlament weiss, ist die Stadt gesetzlich verpflichtet, ihre Investitionen abzuschreiben. Auch diese Abschreibungssummen müssen aber budgetiert und somit zahlbar sein. Aufgrund des finanziellen Polsters aus den guten Jahren kann das die Stadt Biel. Weiteres dazu wird Herr Rüfenacht beim Budget der Finanzdirektion noch ausführen.

Zum Stichwort Steuern weiss der Stadtrat, dass diese optimistisch budgetiert sind. Die beiden Spezialfinanzierungen "Steuern" sind bei der Budgetierung miteinbezogen worden, wie die GPK vom Steuerverwalter und Gemeinderat informiert wurde. Es ist als Prognose zulässig, die Steuereinnahmen der natürlichen Personen im Budget etwas anzuheben, da die Bevölkerung ja stetig wächst und vor allem, weil die Krise bei den natürlichen Personen nicht so direkt durchschlägt. Bei den juristischen Personen sieht es anders aus. Gegenüber 2009 wurde rund CHF 3,5 Mio. weniger budgetiert. Die Spezialfinanzierung "Steuern juristische Personen" (SGR 660.91) wurde gut beobachtet. Wie gross der Einbruch tatsächlich sein wird, wird sich zeigen. Noch nie konnten die Unternehmen und der Steuerverwalter so wenig Voraussagen machen, was verständlich ist.

Bis hier herrscht im Stadtrat Einigkeit, es ist die Analyse der Tatsachen. Die Haltungen gehen bei den Wertungen, den Auffassungen über die zu treffenden Massnahmen und bei der Einschätzung der zukünftigen Situation auseinander. Wie schlimm ist die Krise wirklich? Auch das ist natürlich und war noch nie anders in einer politischen Budgetdebatte zwischen Regierung und Parlament.

Die GPK hat ihre Rolle als Finanzkontrollorgan ausgeübt. Gespräche mit Finanz- und Steuerverwalter fanden regelmässig statt. Die GPK nimmt auch Einblick in die Stadtfinanzen. Die GPK hat aber auch die Aufsicht über die Verwaltung. In dieser Rolle kann sie auch bei schlechterer Finanzlage zur Auffassung gelangen, es sei im Interesse der Aufgaben aber auch der Mitarbeitenden der Verwaltung, noch Budgetkorrekturen anzubringen. Deshalb stellt die GPK Anträge in den Bereichen Stadtarchiv, Gebäudeunterhalt, Schulsekretariate und zur SIP (Sicherheit - Intervention - Prävention) und bittet den Stadtrat, in diesen Bereichen Geld einzusetzen. Der Antrag Stadtarchiv wird zwar zurückgezogen, weil gestern die Stellenschaffung nicht genehmigt wurde. Herr Bösch wird dies aber bei der Debatte zum Präsidialstab noch formell tun. Die Festlegung eines Budgetdefizits auf einer Höhe von CHF 19 bis 21 Mio. ist verantwortbar. In der Spezialfinanzierung Buchgewinne sind zurzeit CHF 36 Mio., welche neben dem Eigenkapital für die Deckung von Budgetdefiziten verwendet werden können. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieses Geld helfen wird, für mehr als ein Jahr über die Runden zu kommen. Panik bringt die Stadt nicht weiter. Will die Stadt aus der Krise herauskommen, darf sie nicht darauf verfallen, schlimmste Szenarien auszumalen. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Aber der Gemeinderat wird sich seine Gedanken zur weiteren Finanzplanung der Jahre 2011-2012 machen müssen. Er hat auch in Aussicht gestellt, dem Stadtrat Massnahmen vorzulegen. Dazu kommen wir noch bei der Finanzplanung unter Punkt 9.

Die GPK dankt dem Gemeinderat, dem Finanzverwalter und dem Steuerverwalter für die Budgetierungsarbeit und alle erteilten Auskünfte. Sie dankt auch der Verwaltung für ihr Engagement, ihre Loyalität und ihre Belastbarkeit in einem

Budgetierungsprozess, welcher dieses Jahr noch schwieriger war als in anderen Jahren. Die GPK empfiehlt damit Eintreten auf das Budget 2010.

Eschmann René, Fraktion SVP plus: Zuerst möchte ich Frau Liechti für ihre Worte von gestern danken. Der Stadtrat wurde in diesem Saal schon mehrmals beleidigt, und ich hatte Freude, dass dies einmal so offen gesagt wurde. Seit Jahren ist sich der Stadtrat gewohnt, dem Stimmvolk recht grosse Defizite zu unterbreiten. Der Stadtrat ist sich aber auch gewohnt, dass es am Ende immer besser herauskommt. Herr Pichard sagte, dies sei dank Herrn Stöckli so. Es gibt in der Stadtverwaltung aber auch andere Personen, die dafür gearbeitet haben.

Heute berät der Stadtrat über ein Defizit von CHF 20 Mio. Es ist klar, die Wirtschaftslage sieht völlig anders aus als in den letzten zehn Jahren. Deshalb hat die Fraktion SVP plus die präsentierten Zahlen vertieft angeschaut. Dass der Spardruck gross ist, ist klar. Die Fraktion SVP plus begrüsst es, dass der Rotstift angesetzt wurde. Sie ist jedoch der Meinung, dass solche Sparübungen in sämtlichen Direktionen greifen müssen. Gestern Abend kam zum Vorschein, wie gespart werden kann, indem Subventionen an Radio und Fernsehen oder Vergünstigungen für EL-BezügerInnen gestrichen werden. Auf der anderen Seite werden aber die Fototage, Filmfestivals und Ähnliches mit noch mehr Subventionen unterstützt. Dies geht für die Fraktion SVP plus nicht auf. Wenn von einer Sparübung gesprochen wird, die alle betrifft, können keine solchen Ausnahmen gemacht werden!

Die meisten wissen, dass die Fraktion SVP plus auch ein Problem damit hat, dass Busseneinnahmen budgetiert werden. Nach wie vor ist sie der Meinung, dass solche Einnahmen nicht in ein Budget gehören und dass sie blauäugig budgetiert werden. Trotzdem stellt die Fraktion SVP plus keinen Antrag, sonst sähe das Budget nochmals um CHF 3 Mio. schlechter aus.

Als die Fraktion SVP plus am Schluss noch die ESB-Rechnung auseinander nehmen wollte, fand sie die Zahlen nicht so vor, wie sie sich das vorgestellt hatte. Es können keine Vergleiche zwischen Gas, Wasser und Elektrizität angestellt werden. Deshalb kann die Fraktion SVP plus diesem Teil des Budgets nicht zustimmen. Als Konsequenz daraus verwirft sie sogar das ganze Budget.

Trotzdem ist die Fraktion SVP plus für Eintreten und empfiehlt Eintreten auf das Budget 2010. Sie möchte sich zu verschiedenen Punkten nochmals äussern können. Letztlich schliesse ich nicht ganz aus, dass die Fraktion SVP plus ihren Entschluss noch ändern wird, im Moment lehnt sie das Budget 2010 aber klar ab.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Das vorliegende Budget für die kommende finanzpolitisch herausfordernde Zeit schliesst mit einem ausgewiesenen Defizit von nahezu CHF 20 Mio. ab. Der effektive Ausgabenüberschuss beträgt CHF 78 Mio., dieser wird aber zu einem grossen Teil durch Entnahmen aus Spezialfinanzierungen gedeckt. Wenn davon ausgegangen wird, dass das Budget 2009 mit einem Defizit von fast CHF 10 Mio. und mit einer Entnahme aus den Spezialfinanzierungen von CHF 8 Mio. wie prognostiziert eintreffen wird, dann kann sich die Stadt Biel noch genau einmal so budgetieren, dann hat sie kein Geld mehr.

Mit dem Finanzplan, welcher als Basis dient, ist die Fraktion Forum nicht ganz einverstanden. Der grösste Teil des Defizits ist auf das grosse Investitionsvolumen zurückzuführen. Das antizyklische Verhalten der öffentlichen Hand in schwierigen Zeiten ist nachvollziehbar und wird von der Fraktion Forum begrüsst. Dass die getätigten Investitionen auch abgeschrieben werden, ist in Ordnung. Wenn aber das Gesamtbudget angeschaut wird und der Finanzdirektor immer wieder betont, wie gross der Spardruck sei, entsteht bei der Fraktion Forum der Eindruck, der Sparwille sei nicht sehr gross gewesen und die Sparmöglichkeiten seien nicht ausgeschöpft worden. Das Budget 2010 macht keine Freude und die Fraktion Forum war sehr gespalten. Eine allfällige Zustimmung würde zähneknirschend erfolgen. Betrachtet man die erste Fassung des Budgets, ist unklar, wie der Sparauftrag an die Direktionen gelaute hat. Sie sah eher wie eine Wunschliste der Direktionen aus, was alles noch angeschafft werden könnte. Daher entstand der Eindruck, dass die Direktionen viel mehr verlangten, als sie wirklich benötigten, dies mit dem Hintergedanken, dass nach den eventuellen Kürzungen dann das effektiv Benötigte zugesprochen wird.

Wenn der Sachaufwand vom Budget 2009 zum Budget 2010 um 4,2% tiefer liegt, wie dies im Bericht erwähnt wird, so ist er doch in Realität um CHF 1,3 Mio. höher als im 2008. 2008 lag nun wirklich kein Budget vor, bei welchem gespart worden wäre. In der ersten Lesung war der Sachaufwand um fast 15% höher als in der Rechnung 2008. Da stellt sich die Frage, wo gespart wird. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, ob die Streichung der Subventionen an die elektronischen Medien und der Wegfall der Verbilligung der öV-Abonnemente für EL-BezügerInnen die sinnvollsten Sparmassnahmen seien. Weiter macht der Fraktion Forum die explosionsartige Zunahme der Kosten der Sozialhilfe grosse Sorgen. Es könnte von einem Sozialtsunami gesprochen werden, welcher die Stadt überrollt. Aus der Sicht der Fraktion Forum ist hier ganz dringender Handlungsbedarf angesagt. Die politische Diskussion, ob die Stadt Biel im Bereich Soziales immer Luxusvarianten anbieten muss, soll heute geführt werden. Das Argument des Lastenausgleichs, welches immer ins Feld geführt wird, ist gefährlich. Sobald der Kanton für die betroffenen Gemeinden eine Selbstbeteiligung beschliesst, hat Biel den Schwarzen Peter gezogen.

Gestern Abend schuf der Stadtrat drei neue Stellen, um die Verbilligungen der Krankenkassenprämien zu überprüfen. Mein Büro würde das in zwei Monaten erledigen, ich frage mich, warum die Stadt für diese Arbeit drei Vollzeitstellen braucht. Aber der Stadtrat hat diese Stellen bewilligt. Heute Abend werden wir wieder Geschäfte haben, welche "nice to have" und nicht "need to have" sind. Wenn es nicht gelingt, in Zukunft Wünschenswertes vom Notwendigen zu trennen, hat die Stadt in kurzer Zeit ein grosses Problem, und dies trotz den angekündigten Steuererhöhungen. Die Fraktion Forum empfiehlt Eintreten auf die Debatte.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Depuis un certain temps, les avertissements sur la situation économique catastrophique de la Ville de Bienne et ses dépenses nous sont régulièrement rappelés. Avec une baisse des entrées fiscales, les vaches grasses sont terminées, économie, économie... Ainsi, l'exercice du Budget 2010 était attendu avec une certaine appréhension. Ce budget n'est pas si effrayant que l'on pouvait le croire. Pour le Groupe des Verts, l'essentiel a été préservé. Nous constatons une diminution des entrées fiscales, en particulier de la

part des entreprises. Des économies ont été faites, de manière linéaire, dans chaque direction. Les dix millions prévus dans les financements spéciaux ont été intégrés à ce budget. Pour le Groupe des Verts, l'essentiel est conservé, en particulier dans le domaine social. Les investissements sont aussi maintenus dans les domaines cruciaux, tels que les transports publics et l'énergie. Le Groupe des Verts veut que la politique repose sur deux piliers: la préservation du climat, ce qui suppose un développement du pool des énergies renouvelables et les technologies qui vont avec et le maintien des prestations sociales, afin d'éviter une précarisation sociale, qui elle, n'a rien de durable.

Beaucoup de tâches ne dépendent pas de la bonne ou de la mauvaise conjoncture. Ce ne sont pas des cadeaux, lorsque les finances vont bien. Les tâches, telles que l'école, les structures d'accueil des enfants, l'aide sociale, la préservation de la santé, la formation, le soutien à la réinsertion dans le marché du travail, sont des tâches de la collectivité. Elles doivent être assurées car il en va de la cohésion sociale. Ces tâches permettent que chaque habitant de cette ville puisse jouir d'une sécurité minimum. Lorsque la situation économique est détendue, ces tâches nous paraissent aller de soi. Lorsque les finances viennent à manquer, la tendance de considérer ces tâches comme un luxe et de les réduire au strict minimum est là. Le Groupe des Verts s'engage, afin que les tâches sociales restent une priorité, que l'on soit en période de vaches grasses ou maigres. Dans ce sens, le maintien des budgets pour les structures d'accueil extrafamilial à 50% des tarifs pour les parents, l'accueil pendant les vacances scolaires, l'augmentation des postes du SIP (Service spécialisé de l'insertion professionnelle), le maintien du soutien financier à Pro Senectute et l'utilisation des financements spéciaux pour faire face à ces tâches, sera soutenu par le Groupe des Verts.

Nous avons passé une période de vaches grasses, nous entrons dans une période de vaches maigres. Pendant la période de vaches grasses, le Conseil de ville a décidé de diminuer les impôts, alors qu'à cette époque nous savions déjà que la crise arrivait. Le Groupe des Verts s'est opposé à cette diminution d'impôts et il avait raison. Nous serions aujourd'hui mieux à même de répondre au défi de la crise économique. La Ville de Bienne et ses habitants ne sont pas responsables de cette crise et n'ont pas à en payer le prix. Pour pouvoir, à l'avenir, faire face aux besoins de la population, il faudra, soit économiser sur les projets d'envergures (les repousser dans le temps) ou augmenter les impôts. Le Conseil municipal veut défendre une quotité d'impôt, qui soit concurrentielle avec d'autres communes. Le Groupe des Verts ne défend pas cette vision de communes concurrentes entre elles, qui s'arrachent les bons contribuables et laissent les pauvres aux autres. Le fait d'être dans la moyenne est absolument suffisant pour nous. L'attrait d'une ville ne repose pas seulement sur la fiscalité, mais bien sur d'autres facteurs, dont Bienne est largement pourvue.

Les points particuliers seront discutés dans la discussion par direction. Le Groupe des Verts accepte le Budget 2010. Merci.

Isler Peter, Fraktion SP: Die Budgetdebatte ist eine sehr wichtige Debatte und der Stadtrat sollte sich Zeit dafür lassen. Der Stadtratspräsident hat eine Grenze gesetzt und Grenzen sind da, um überschritten zu werden. In der Eintretensdebatte wird über Grundsätzliches gesprochen. Sie ist eine Würdigung der Arbeit, die von der

Verwaltung und vom Gemeinderat geleistet wurde. Sie ist keine Lobhudelei. Es geht um Kritik, um Lob, um Einsichten und Ansichten. Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es, im langfristigen Interesse des Landes, der Stadt, der Gesellschaft als Ganzes zu denken und zu handeln. Darüber muss sich der Stadtrat im Klaren sein, wenn er über Geld spricht. Der Staat ist keine Firma, er muss keinen Profit erwirtschaften. Wenn das trotzdem aus Versehen einmal zutrifft, ist niemand unglücklich, denn alle wissen, es kommen auch schlechtere Zeiten. Der demokratische Staat ist eine geniale Erfindung der alten Griechen. Er wurde geschaffen, um Probleme zu lösen, die nur in der gemeinsamen Anstrengung zu lösen sind. Die wichtigsten Probleme müssen auch in schlechten Zeiten gelöst werden. Damit komme ich zum Budget und ich möchte ganz kurz auf drei Punkte eingehen.

Ein Defizit von CHF 10 Mio. ist nicht vertretbar, da ist sich die Fraktion SP einig. Es muss eine Ausnahme bleiben. Es geht um die Frage, aus welchen Gründen das Budget trotzdem angenommen werden kann. Zunächst muss die Budgetierung glaubwürdig sein. Der Stadtrat ist sich gewohnt, dass die Rechnung um CHF 10–30 Mio. besser abschliesst als das Budget, also ist das Defizit in Ordnung. So darf natürlich nicht argumentiert werden, es wäre verantwortungslos. Die Fraktion SP geht davon aus, dass das Budget 2010 wie alle anderen nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde. Niemand hat bessere Voraussetzungen, Einnahmen und Ausgaben abzuschätzen als das Team, welches dies seit Jahren tut. Wir Stadträte haben keinesfalls die notwendigen Fähigkeiten und Informationen. Der Gemeinderat hat in der Vergangenheit vorsichtig budgetiert, er hat es wohl auch für dieses Jahr getan. Der Stadtrat hat keine andere Wahl, als dies anzunehmen.

Die Realität der nächsten Jahre kennt niemand. Wie schlimm ist die Krise? Selbst Experten täuschen sich, insbesondere Finanzexperten. Sie täuschen die Öffentlichkeit und manchmal wurden auch sie betrogen. Die Mitglieder des Stadtrats sollten also ihre persönlichen Einschätzungen und Gefühle nicht ausser Acht lassen. Die Fraktion SP wird ihre Meinung zu diesem Budget einbringen, indem sie Änderungen beantragt. Aber ich vertraue unserer Regierung und unserer Verwaltung wesentlich mehr als den Banken.

Welche Massnahmen sind angezeigt? Was kann gegen ein hohes Defizit unternommen werden? Es geht ums Sparen. Es geht um höhere Steuern und um neue, andere Einnahmen. Davon hat noch niemand gesprochen. Welche Meinung hat die Fraktion SP zum Sparen? Der Staat muss seine Aufgabe auch in schwierigen Zeiten erfüllen. Allerdings sind nicht alle Aufgaben gleich wichtig. Mit den vorhandenen Ressourcen muss sparsam umgegangen werden. Biel braucht keine Luxusleistungen. Es müssen intelligente Prioritäten gesetzt werden und der Rat sollte sich einig werden, was das heisst. Allerdings beginnt hier die Politik. Nicht alle haben die gleichen Prioritäten und das darf auch so sein. Die Fraktion SP hat nicht "die Wahrheit gefressen", die anderen Fraktionen aber auch nicht und der Gemeinderat auch nicht. Aber alle müssen sich mit der Situation auseinander setzen. Deshalb wird die Fraktion SP im Lauf des nächsten Jahres Vorschläge für eine Verbesserung einbringen (schon allein im Hinblick auf das nächste Budget). Dabei handelt es sich nicht um Luxusleistungen, man kann durchaus von einem Porsche auf einen Audi umsteigen.

Zur Steuererhöhung: Eine Steuererhöhung ist immer ein Thema in unserer Fraktion, das ist ja klar. Wollen wir sie jetzt? Nein, denn es wurden Reserven geschaffen genau für diesen Fall und die sollen jetzt genutzt werden. Diese Reserven kamen zustande dank einer intelligenten Finanzpolitik, Herr Sutter wird dies wohl wieder als Lobhudelei bezeichnen. Es handelt sich nicht nur um das aufgehäufte Eigenkapital, sondern auch um die vielgeliebten und -geschmähten Spezialfinanzierungen. Die Stadt Biel hat einen sehr tiefen Passivzins. Das alles macht die Stadt handlungsfähig und kommt ihr heute zu Gute. Also verlangt die Fraktion SP keine Steuererhöhung - nicht jetzt. Die negativen Konsequenzen müssen im Auge behalten werden, da ist die SP mit den Grünen nicht ganz einig. Die Stadt Biel sollte auch über die Steuern attraktiv bleiben, weil das positive Konsequenzen hat. Der Wettbewerb besteht einfach, er kann nicht aus der Welt geschaffen werden.

Unter Berücksichtigung des Gesagten betrachtet die Fraktion SP das vorliegende Budget im Grossen und Ganzen als ausgeglichen. Sie wird natürlich Vorschläge unterbreiten und Forderungen verantwortungsvoll anpassen. Die Fraktion SP wird dem Budget zustimmen. Es ist kein Krisenbudget, weil Biel keine Krisenstadt ist. Biel ist aber auch keine Stadt des Rückschrittes, wie es in der lokalen Presse letzte Woche proklamiert wurde. Als Antwort auf den an die Wand gemalten Teufel, die dunklen Wolken am Horizont oder schlicht die leeren Kassen, ein Wort von Jean Paul. Er hat so um das Jahr 1800 gesagt: *"Wer an das Gute im Menschen glaubt, bewirkt das Gute."* *"Celui qui croit au bien dans l'homme réalise le bien."* Daran können wir uns auch halten und positiv in die Zukunft blicken.

Kronenberg Sabine, Fraktion GLP: Eine Gemeinde objektiv abzugrenzen, ist kein einfaches Unterfangen, vom Budget gar nicht erst zu sprechen. Für den Gemeinderat muss es eine enorme Arbeit gewesen sein, dieses komplexe Budget zu erstellen. Vielen Dank für diese Arbeit.

Es war erfrischend, dass sich die Fraktion GLP zum ersten Mal in dieses Budget knien durfte, wie dies gestern schon von Alain Pichard erwähnt wurde. Nebst der Arbeit erlebte die Fraktion GLP dies auch als Chance, da ein neuer Blick neue Einsichten generieren kann. Finanzpolitik kann aufgrund von verschiedenen Definitionen unterschiedliche Werte hervorbringen. Institutionelle Besonderheiten können zu Spezialitäten oder Spezialfinanzierungen führen. Wie dies der Name sagt, sind diese wirklich etwas speziell. Bei der Durchsicht des Budgets blieb die Fraktion GLP immer wieder an diesen hängen. Unabhängig davon, dass die Berechtigung der Spezialfinanzierungen immer wieder gut abgeklärt werden muss, bergen sie die Gefahr, als kosmetische Verschleierungsaktion interpretiert zu werden. Dies ist weder der Transparenz noch der Verständlichkeit dienlich. Die Fraktion GLP fordert deshalb in einer Motion, dass das Budget der Stadt Biel nicht nur wegen uns Anfängern, sondern auch wegen den StimmbürgerInnen verständlicher zusammengestellt wird. Vergleiche sollten zeitübergreifend gewährleistet werden, um Verzerrungen zu verhindern. Wo bleibt in diesem Budget zum Beispiel die Bilanz? Wie kommt es zum überproportionalen Zuwachs bei den Abschreibungen und bei den Entnahmen 2009 und 2010? Der Gemeinderat einigt sich bei diesem Budget darauf, dass finanzielle Verbesserungen in erster Linie durch Effizienzsteigerung und eine zentralisierte Verwaltung erreicht werden könnten. Die Steigerung der Effizienz ist lobens- und begrüssenswert. Die Zentralisierung ist aber etwas, das kommt und geht. Was bleibt, ist die Frage nach den Sparmassnahmen. Bei der Fraktion GLP entstand nicht der

Eindruck, dass das Budget 2010 auf Sparen setzt. Wie schon gestern gesagt wurde, kann von Stellenstopp keine Rede sein. Die Fraktion GLP nimmt mit Unbehagen von diesem Budget Kenntnis, auch wenn sie es zähneknirschend akzeptieren wird. Aufwand und laufende Rechnung entwickeln sich beunruhigend. Die Verschuldung steigt weiter an. Künftige Generationen erben einmal mehr Schulden, nachhaltige Investitionen wie beispielsweise in der Bildung werden vernachlässigt. Langfristig sind kompromissfähige Lösungen der Probleme gefragt. Mittelfristig fordert die Fraktion GLP einen ökologischen Umbau und administrative Vereinfachung. Es braucht schmerzhaft Sparmassnahmen. Die Stadt muss den Gürtel enger schnallen, um eine weitere Aufwandsteigerung zu verhindern. Die Fraktion GLP fordert eine gezielte Straffung der Staatsaufgaben. Es braucht eine Überprüfung der bestehenden Strukturen und eine stärkere Gewichtung der Leistung. Die Fraktion GLP wehrt sich gegen ein Budget, welches die Zahlen zwar anschaulich auflistet, aber nicht auswertet im Sinn einer leistungsorientierten Bilanz. Sie erwartet vom Gemeinderat entsprechende Führungsentscheide und tritt auf die Debatte ein.

Hadorn Werner, SP: Eigentlich ging ich davon aus, dass man beim Budget gar nicht über Eintreten debattieren kann. Früher wurde immer gesagt, auf das Budget müsse eingetreten werden. Es könne dann angenommen oder abgelehnt werden.

Mir geht es um die Voraussetzung für die heutige Diskussion. Alle schauen etwas belämmert auf die Krise. Hans Stöckli predigt seit einem Jahr, das Defizit und die Situation der Stadt Biel seien noch nie so schlimm gewesen. Es werden sogar die dreissiger Jahre bemüht. Gestern war es allerdings nur noch die Nachkriegszeit. Mir ist auch klar, dass die heutige Situation nicht beschönigt werden darf, dass sie schwierig ist und die Stadt sich darauf einstellen muss. Trotzdem staune ich darüber, dass niemand eine Kritik an dieser Einschätzung anbringt.

In Biel herrscht eine besondere Situation. Ich habe die Zahlen herausgesucht: Seit 1992 wurde nur zwei Mal weniger ausgegeben, als das Budget vorsah. Mit Ausnahme von einem Jahr war die Differenz zwischen Rechnung und Budget ab 1995 immer im zweistelligen Bereich. Sie bewegte sich immer zwischen CHF 8,5 Mio. und CHF 21 Mio. Der Durchschnitt der Abweichungen zwischen Budget und Rechnung über diese elf Jahre beträgt CHF 14 Mio. Es wird manchmal gesagt, es werde schlecht budgetiert, auch wenn es gegen oben ausschlägt. Rein technisch ist die Budgetierung jedenfalls unpräzise. Natürlich ist es schön, wenn die Rechnung jedes Mal besser ausfällt als das Budget. Ich weiss aber nicht, ob der Stadtrat dieses Jahr davon ausgehen kann, dass das Budget in der vorliegenden Form erfüllt wird.

Mit falschen Prophezeiungen muss vorsichtig umgegangen werden. Es ist aber auch nur eine Prophezeiung, dass die Situation in einem oder zwei Jahren noch immer so schlecht sein wird. In der Weltwirtschaft, und diese ist für Biel mit seiner Uhrenindustrie wichtig, gibt es zahlreiche Indikatoren, dass die Kurven jetzt nicht mehr nach unten sondern nach oben zeigen. Die Frage ist, wie steil die Kurven sein werden. Gegen die heutige schlechte Situation muss sich die Stadt wappnen. Sie darf aber auch nicht nur einfach schwarz malen. Das macht mutlos. Es wird mit Recht gesagt, dass eine Krise auch neue Initiativen und Ideen bringen kann. Deshalb bin ich der Meinung, die Sparmassnahmen, welche in diesem Budget vorgesehen sind, seien sehr unsachlich. Einige haben es bereits gesagt: wenn gespart werden soll, dann müsste jetzt ein Sparpaket entwickelt werden, und zwar auf nächstes Jahr. Es

müsste eine Strategie dahinter stehen und nicht einfach zwei, drei Posten gestrichen werden, welche nicht einmal eine Promille der gesamten Budgetsumme ausmachen.

Gurtner Roland, Passerelle: En juin de cette année, le Directeur des finances annonçait, de manière triomphale, les résultats réjouissants des comptes 2008. Le Bieler Tagblatt et le Journal du Jura titraient: *"Gut gerüstet für die mageren Jahre"* et *"Bienne attend la crise d'un pied ferme"*. Un bénéfice de 55 mio. fr. allait alimenter les réserves financières de la Ville, qui totalise aujourd'hui près de 180 mio. fr. Dans le rapport économique de la Direction des finances, on lit la phrase suivante: *"Die Stadt Biel steht finanziell auf einer ausserordentlich gesunden Grundlage"*. Trois mois plus tard, le Maire tient un discours diamétralement opposé. Il ne relève plus que les points négatifs et envisage des mesures sévères, allant même jusqu'à une augmentation des impôts. Pourtant la situation économique n'a pas fondamentalement changée. Elle a même plutôt évoluée, dans un sens positif. Je rejoins là les affirmations de Monsieur Hadorn. Dans le communiqué de presse du seco (Secrétariat d'Etat à l'économie), au sujet des prévisions conjoncturelles du 22 septembre dernier, on peut lire ce qui suit: *"La conjoncture mondiale se rétablit plus rapidement que prévue, également en Suisse les tendances récessives ont perdu de leur vigueur. La nette amélioration dénotée par les enquêtes réalisées au cours des derniers mois, auprès des entreprises, laisse entrevoir le retour à une évolution positive, au cours du deuxième semestre"*. Tout cela pour dire, que si l'avenir n'est de loin pas si rose, en particulier en raison d'un taux de chômage qui continue d'augmenter, il ne faut pas oublier les points positifs, c'est-à-dire, les atouts dont dispose la Ville de Bienne, pour faire face à la crise: un coussin confortable, qui permet d'absorber les déficits éventuels, pour de nombreuses années, 53 mio. fr. de capital et 130 mio. fr. de réserve, répartis dans 27 financements spéciaux, couvrant les principaux domaines d'investissement et les intérêts passifs réduits, une dette non couverte, trois fois moins élevée qu'il y a dix ans.

Finalement, comparé à l'année dernière, le Budget 2010 n'est pas si dramatique que cela. L'année passée, le déficit s'élevait, non pas à 10 mio. fr. mais à 18 mio. fr., sans le prélèvement de 8 mio. fr. sur le financement spécial "Gains comptables". Cette année, le déficit budgété est de 20 mio. fr., donc seulement 2 mio. fr. de plus que l'année dernière. J'ai une question à ce sujet:

- Pourquoi n'a-t-on pas prévu cette année de prélèvement sur le financement spécial "Gains comptables"?

Si par exemple, un prélèvement de 10 mio. fr. avait été prévu, nous aurions eu un déficit équivalant à celui de l'année passée. Je suis tout à fait d'accord avec les économies, mais il faut rester objectif et réaliste et que l'on ne parle pas de désarroi, comme l'a fait Monsieur Moeschler hier soir. Il ne faut non plus prendre des mesures aussi drastiques, telles que les envisage le Conseil municipal, qui affaiblissent Bienne au niveau de la qualité de vie, de la sécurité ou du bilinguisme.

Nicati Alain, PRR: Il y a 15 ans, dans l'histoire du Conseil de ville, lorsque Werner Hadorn montait à la tribune, Nicati montait juste après pour dire le contraire. Avons-nous vieilli tout les deux, car Nicati va dire la même chose: non à une situation catastrophique? D'abord, elle n'est pas catastrophique, mais nous devons faire face à des difficultés économiques. Arrêtez de parler d'une catastrophe. Il faut économiser, c'est tout. Bienne est une ville où le Maire a su donner une dynamique. Cette dynamique nous aide énormément. C'est une image répandue, connue et c'est de

cette image que vivent une partie de nos industries. Nous ne devons pas mettre cette image en jeu ou en péril. On nous dit qu'il faudra inévitablement augmenter les impôts. Je me permets de qualifiée cette remarque "de verte". Lorsque nous avons diminué les impôts, nous avons aussi donné un coup de main à l'industrie, afin de mieux produire et pour pouvoir mieux se développer.

Comment faire pour conserver notre dynamisme dont nous avons besoin, sans laisser tomber nos comptes en-dessous du niveau, où nous ne pourrons pas les rattraper? Tout l'avenir de Bienne en dépend. Cela, nous ne le ferons pas, car nous avons une administration capable, nous avons des gens intelligents et un Conseil de ville vif et mobile d'esprit.

Comment faire pour conserver et poursuivre notre élan? Il faut encourager notre économie. Nous en avons besoin, afin d'avoir des rentrées pour les impôts. Il faut continuer à faire connaître Bienne comme une ville de succès, justement lorsque ça va mal. Pour cela, il ne faut pas économiser, économiser, économiser... Non, avec les moyens que nous avons, il faut obtenir davantage et acheter plus. Avec les moyens que nous avons, il faut arriver à ce que chaque franc nous rapporte plus qu'avant. Il y a un travail à faire, un travail de fond. Il nous faut simplement travailler pour conserver le dynamisme de Bienne et éviter que la situation financière pose trop de problèmes.

Moser Peter, FDP: Bei der Debatte um die Aufhebung der Verbilligung der VB-Abonnemente für EL-BezügerInnen machte der Finanzdirektor der GPK und damit eigentlich auch dem Stadtrat den Vorwurf, es gebe keine Zusammenarbeit und er sei über all die Anträge überrascht, die eingereicht wurden. Dies erstaunt mich. Ich bin schon lange Zeit im Stadtrat, davon acht Jahre in der GPK und ich habe sie auch zweimal präsiert. In dieser Zeit ging es anders. Budget und Rechnungslegung waren Chefsache. Wahrscheinlich sah nicht einmal der Gemeinderat überall klar.

Wenn Sie neun Mal die Feuerwehr anrufen und dann, wenn sie mit Blaulicht kommt sagen, es war ein Fehlalarm, kommt beim zehnten Mal niemand mehr und das Haus brennt ab. Etwa gleich geht es mir mit den Aussagen von Hans Stöckli zu all diesen Budgetdebatten. Er ist selber schuld, wenn ihm heute niemand mehr glaubt. Er ist derjenige, der jedes Jahr den Teufel an die Wand malt und sechs Monate später nicht weiss, wo er das Geld verstecken soll. Er ist der Weltmeister der kreativen Buchhaltung. Das ist so und der Stadtrat kennt das. An und für sich bin ich mit seiner Lagebeurteilung einverstanden. Die Lage ist ernst. Ich teile die Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Vorredner nicht. Die Wirtschaftslage befindet sich höchstens in der Talsohle. Aber diese Talsohle ist ein U, die andauern wird. Sie ist nicht ein V, bei dem es einfach auf der anderen Seite gleich wieder hinauf geht. Vielleicht ist das bei der Börse so, aber nicht in der Wirtschaft. Wir werden die Krise noch eine Zeit lang spüren. Die Fraktion FDP verlangt vom Finanzdirektor mehr Transparenz. Vielleicht kann der Stadtrat hoffen, dass der Finanzdirektor den Ernst der Lage soweit erkannt hat, dass er bereit ist, der GPK und dem Parlament die Budgetierungs- und Rechnungslegungsprozesse offen vorzulegen. Die anstehenden Probleme können nur zusammen bewältigt werden. Das ist nicht Pflästerlipolitik, hier geht es um Grösseres.

Stefan Kaufmann hat es gesagt, noch ein oder zwei Jahre solche Budgets und eventuell gar Rechnungen, dann ist die Stadt aber an der Wand. Das wäre ein Crash.

Gewisse Stadtratsmitglieder, zum Beispiel Alain Nicati oder Werner Hadorn, haben dies schon erlebt und dies ist nicht schön. Die Stadt ist verwöhnt durch die guten Abschlüsse, welche aber auf einmaligen Faktoren wie Buchgewinnen beruhen. Sie resultieren nicht aus der laufenden Rechnung. Diese guten Abschlüsse haben das Parlament verblendet. Ich verstehe den Hilfeschrei des Finanzministers und hoffe, dass dieser nun von selbst auf den Stadtrat zugeht und zusammen mit diesem die Budgetierungs- und Rechnungslegung vollzieht. Wenn der Finanzminister einen Gewinn ausweisen kann, soll er diesen auch klar kommunizieren. Er kann nicht einfach dem Gemeinderat sagen, soviel habe ich noch und der Rest ist versteckt. Der Stadtrat kann dann nur noch nicken.

Vielleicht läutet die heutige Diskussion eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, GPK und Stadtrat ein. Es ist nämlich das erste Mal, dass sich so viele Einzelsprecher melden. Die Lage ist ernst, wir müssen zusammen schauen, wie die Stadt da wieder hinaus kommt. Sowohl Transparenz als auch Zusammenarbeit gelten in schlechten wie auch in guten Zeiten!

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Wie Herr Hadorn angetönt hat, muss auf das Budget eingetreten werden. Es ist aber trotzdem richtig, dass eine Eintretensdebatte stattfindet. Ich werde mich in drei Blöcken äussern. Im ersten werde ich erklären, wie das Budget jeweils entsteht, im zweiten eine finanzpolitische Einschätzung machen und im dritten werde ich die Zukunftsperspektiven darlegen.

In Biel existiert ein System von Plafonds für die Direktionen. Dementsprechend hat jede Direktion eine möglichst grosse Freiheit in der Gestaltung ihrer Aufgaben und in der Verteilung ihrer Ressourcen. Dies bedeutet, dass das Ziel zwar gemeinsam erreicht werden muss, die Direktionen aber Schwerpunkte setzen können. Bis zum Budget 2010 hat dieses Vorgehen gut funktioniert und es erklärt, warum in gewissen Direktionen trotz schwierigeren Voraussetzungen zusätzliche Investitionen budgetiert werden. An diesem Prozess sollte grundsätzlich nichts verändert werden. Es ist wichtig, dass die Direktionen, welche auch eine politische Verantwortung tragen, Zeichen setzen und Anliegen umsetzen können, die ihnen wichtig sind. Als das Budget 2009 im Stadtrat behandelt wurde, wusste niemand, wie dramatisch sich die wirtschaftliche Situation im darauf folgenden Jahr entwickeln würde. Wäre dies schon klar gewesen, hätte der Stadtrat der Steuersenkung wohl so nicht zugestimmt. Die Situation ist nun aber so und die Stadt muss sich mit ihr auseinandersetzen. Der Gemeinderat musste doppelt steuern, einerseits über die Plafonds der einzelnen Direktionen und andererseits über grundsätzliche Beschlüsse, wie in einer ersten Phase ein Sparpaket geschnürt werden könnte. Diese Sparmassnahmen wurden folgendermassen definiert: Auf der Einnahmenseite sah der Gemeinderat keine kurzfristigen Möglichkeiten für eine Veränderung. Weder Gebühren noch Steuern wurden erhöht. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es nach zehn Jahren mit schwarzen Zahlen noch zu früh ist für solche Massnahmen. Die Situation beispielsweise bei den Bussen wurde aber genau angeschaut und es wurde zusätzliches Personal bewilligt, um diese Vorgaben zu erreichen. Auch die Ausgabenseite wurde analysiert. Ich möchte hier anmerken, dass der Wechsel in der Leitung der Finanzverwaltung von den Herren Trösch und Altenhof zu Herrn Rasper und Frau Rentsch sehr gut gelang. Diesen vier Personen möchte ich dafür danken, dass das Budget 2010 trotz einem schwierigen Umfeld und Personalwechseln innerhalb der Fristen vorgelegt werden konnte. Beim Personalaufwand gelangte der

Gemeinderat ganz klar zu der Überzeugung, dass der Personalstopp nur dort nicht durchgesetzt werden sollte, wo die neuen Stellen entweder einen Mehrertrag bringen oder von Dritten finanziert werden. Leider hat der Stadtrat dieses Prinzip gestern in einem Bereich verletzt. Es trifft zu, dass der Sachaufwand massiv höher ausfällt. Diese Tatsache erschreckte den Gemeinderat bereits in der ersten Fassung des Budgets. Er ist deshalb der Ansicht, dass trotz der Plafonds bei den Direktionen nun auch lineare Kürzungen beim Sachaufwand nötig werden. Ich bitte den Stadtrat, dies zu akzeptieren. Es liegen Anträge vor, welche diese linearen Kürzungen in einer willkürlichen Art und Weise rückgängig machen wollen. So wird es sehr schwierig, ein sachliches Sparprojekt durchzuführen. Bei den Subventionen wurden dort Veränderungen vorgenommen, wo die Stadt vertraglich nicht gebunden ist. So kam ein Defizit von knapp CHF 20 Mio. zustande. Es ist ein schlechtes Budget, welches in der heutigen Situation kaum vertretbar ist. Es ist nur vertretbar, weil die Stadt Biel finanziell gut dasteht. Wenn die Finanzpolitik in den letzten Jahren anders gemacht worden wäre, dann sässe die Stadt jetzt in der Tinte. Heute ist sie aber in der Lage, sich Zeit zu lassen, um weitere Sparmassnahmen zu ergreifen. Im Moment zeichnen sich Lichter am Horizont ab. Ich betone aber noch einmal: wenn die Swatch Group sagt, sie schreibe keine roten Zahlen, bedeutet das noch nicht, dass sie einen Gewinn ausweist. Die Stadt kann aber erst in diesem Fall mit Steuereinnahmen rechnen. Natürlich hoffen alle auf einen Gewinn, er wird aber niemals in der Grössenordnung des letzten Jahres ausfallen. Die Stadt Biel ist überproportional abhängig von den Steuererträgen juristischer Personen. Ich sage es noch einmal, die Lage ist schwierig.

Zum Glück kam es mit dem Budget in den letzten zehn Jahren nie so schlimm heraus, wie der Finanzdirektor befürchtet hatte. Es kann aber niemand nachweisen, dass falsche Aussagen gemacht wurden. Es wurde einfach vorsichtig budgetiert. Dies kommt wohl daher, dass in diesen zehn Jahren zwei Budgets dramatisch negative Abweichungen von CHF 17 Mio. auswiesen. Dies war gerade zu Beginn der Fall, als der neue Steuerverwalter, Herr Stauffer, hinzu stiess. Ich habe grosses Verständnis dafür, dass aufgrund dieser Erfahrung danach vorsichtiger budgetiert wurde. Stellen Sie sich vor, es wäre umgekehrt gewesen und die Stadt hätte jedes Mal zu viel Steuereinnahmen budgetiert. Wenn sie jedes Mal weniger eingenommen hätte, als budgetiert war, dann stünde sie heute wirklich schlecht da. Zum Glück ist dies nicht der Fall. Die Lage ist aber ernst. Der Stadtrat und der Gemeinderat müssen nun neu lernen, das Nötige vom Wünschbaren zu trennen. Die beiden Räte müssen die Stadt miteinander aus dieser schwierigen Lage führen. Herr Isler hat sich wohl versprochen, als er sagte, ein Defizit von CHF 10 Mio. sei noch vertretbar. Er hat aber Recht. Als ich als Finanzdirektor angefangen habe, hiess es, ein Defizit von CHF 5 Mio. sei noch vertretbar. Dies entspricht einem Steuerzehntel. Mittlerweile sagt die GPK locker, ein Defizit von CHF 20-21 Mio. sei vertretbar. Eigentlich stimmt das nicht. Die Vertretbarkeit der Defizithöhe wurde hier sehr dynamisch vergrössert... Dies kann auch einmal ins Auge gehen!

Zur effektiven Berechnung des Defizits: Herr Gurtner sagte, das Budget 2010 sei gar nicht viel schlechter als dasjenige von 2009. Dabei werden aber zwei wichtige Elemente ausgeblendet. Das erste ist, dass die Steuereinnahmen im Umfang von CHF 6–8 Mio. zu optimistisch budgetiert sind. Wahrscheinlich wird es zu einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung "Steuern juristische Personen" (SGR 660.91) in diesem Umfang kommen. Das zweite ist, dass beim ESB Entnahmen aus den

Reserven budgetiert wurden. Auch dies bedeutet eine Verschlechterung der Situation. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist das Budget 2010 wesentlich schlechter als dasjenige vom Jahr 2009. Der Stadtrat darf sich keinen Sand in die Augen streuen lassen. Deshalb hat der Gemeinderat nicht beantragt, für das Budget 2010 noch mehr Entnahmen aus der Spezialfinanzierung "Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens" (SGR 680.93) vorzusehen.

Die dritte Frage ist, wie es weitergehen soll. Herr Nicati, ich bin Ihnen sehr dankbar. Ihr Vorschlag wird im Budget genau umgesetzt. Es wird gespart und investiert. Und, Frau Kronenberg, im Projekt 2013 wird einerseits die Problematik der Zentralisierung gelöst und andererseits werden die Aufgabenüberprüfung und die Neustrukturierung neu angegangen. Damit wird die Stadtverwaltung, in welcher tatsächlich in den letzten Jahren über 100 neue Stellen geschaffen wurden, in eine neue Form gegossen, welche sich die Stadt leisten kann. Die anderen Projekte laufen weiter.

Dass die Abschreibungen so hoch sind, hängt mit dem Projekt "Stades de Bienne" zusammen. Alleine CHF 41 Mio. sind für dieses Projekt vorgesehen. Sie werden aber der Spezialfinanzierung "Entwicklung Bözingenfeld / Stades de Bienne" (SGR 437.9) entnommen. Obschon ich zuversichtlich bin, dass die Baubewilligung noch dieses Jahr vorliegen wird, werden für dieses Projekt im 2010 wohl kaum CHF 41 Mio. ausgegeben. Dies hat aber keine Ausgabenrelevanz, da diese Ausgaben ja durch die Spezialfinanzierung gedeckt werden. Es ist klar: In den letzten Jahren konnte viel gespart werden und die Spezialfinanzierungen wurden geäufnet. Übrigens, Herr Moser, es wurde nie Geld versteckt. Alles wurde klar und transparent dargelegt. Das IDHEAP (Institut de hautes études en administration publique) gab der Stadt eine sehr gute Note für deren Haushaltsführung. Auch der Regierungsstatthalter fand nur Atypisches, aber nichts Falsches. Der Gemeinderat wird sich aber bemühen, diese Transparenz noch zu verbessern, insbesondere im Bereich der Spezialfinanzierungen. Jedoch kenne ich kein Gemeinwesen, welches im Budget eine Bilanz integriert. Diese wird immer erst Ende Jahr erstellt. Die Transparenz des Budgets muss anders dargestellt werden können.

An den Prestigeobjekten will der Gemeinderat weiterarbeiten, was dank der Spezialfinanzierungen auch möglich ist. Dies kann auch als Antwort an die Gewerkschaften verstanden werden. Es wäre gut gewesen, ihre Kritik etwas früher zu erhalten. So hätte der Gemeinderat Stellung beziehen können. Die meisten darin erwähnten Punkte wurden aber erfüllt. Unter anderem wird ein Investitionsprogramm gefordert. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die besten Impulsprogramme diejenigen sind, bei welchen die Finanzierung sichergestellt und der politische Wille für die Realisierung klar ist. Dies ist der Fall bei den Projekten Esplanade, Stades de Bienne, Regiotram, AggloLac, Masterplan. Dies ist der Fall bei der gesamten Stadtentwicklung, auch wenn sie ab und zu etwas verzögert wird, was dann sofort zu einem Leitartikel führt. Immerhin kann gesagt werden, dass das Interesse der Investoren an Biel nach wie vor sehr gross ist. Ich wäre froh, wenn die Stadt im Sinn von Herrn Nicati weiterarbeiten könnte, indem sie spart und investiert. So kann die Stadt weitergebracht werden und eine entsprechende Bevölkerungsentwicklung eingeleitet werden.

Das Projekt Struktur Biel 2013 und Esplanade wird weitergeführt. Im Geschäftsbericht 2008 erwähnt der Gemeinderat viele Projekte, welche dieses Bestreben um ein

Haushaltsgleichgewicht bezwecken. Von einer engeren Zusammenarbeit zwischen GPK, Stadtrat und Gemeinderat in der Entwicklung des Budgets erhoffe ich mir, dass nicht jede Sparmassnahme abgelehnt wird. Das gesamte Budget muss zusammen diskutiert werden.

Ich möchte nochmals allen danken, die mitgeholfen haben, ein Budget zu erstellen, welches noch einigermaßen vertretbar ist. In den nächsten ein bis drei Jahren muss die Lage der Stadt aber wieder verbessert werden. Ein Defizit von CHF 20 Mio. kann sich die Stadt höchstens zwei Mal leisten. Wenn diese Zeit nicht sinnvoll genutzt wird und insbesondere nicht auf unnötige Ausgaben verzichtet wird, dann muss die Stadt später doppelt sparen.

Gurtner Roland, Passerelle: Je n'ai pas très bien saisi l'explication de Monsieur Stöckli concernant le prélèvement sur le financement "Gains comptables". Durant toutes ces dernières années, il y a toujours eu un prélèvement sur ce financement spécial: l'année passée 8 mio. fr. et les années précédentes aux alentours de 6 mio. fr. Cette année, alors que nous avons des difficultés, nous ne prévoyons pas de prélèvement. Vous avez prélevé sur un fond d'ESB, je ne sais pas lequel, mais ça ne figure pas dans le rapport. Dans ce cas, c'est un manque de transparence!

Isler Peter, Fraktion SP: Offenbar habe ich mich ungenau ausgedrückt. Die Fraktion SP findet ein Defizit von CHF 20 Mio. nicht vertretbar. Es kann nur als Ausnahme akzeptiert werden. Alle suchen krampfhaft nach Rechtfertigungen, um dieses Budget trotz diesem grossen Defizit zu bewilligen.

Stöckli Hans, directeur des finances: Il est vrai que ces dernières années, nous avons fait des prélèvements du financement spécial "Gains comptables immobiliers". Nous avons commencé avec 5 mio. fr., car nous avons estimé que durant l'année, nous avons environ 5 mio. fr de gains comptables. Ensuite, nous avons augmenté ce montant. L'année dernière, nous étions à 8 mio. fr. Le Conseil municipal a toujours donné des explications à ce sujet. Heureusement, durant toutes ces années, nous n'avons jamais eu la nécessité d'effectuer ce prélèvement. Les comptes étaient bons et nous n'étions pas obligés de faire ce prélèvement. Cela est aussi valable pour le prélèvement des réserves d'ESB. Nous avons un prélèvement des réserves d'ESB prévu. Il n'a jamais été nécessaire de le faire. Le Conseil municipal s'est dit cette année, vu le financement spécial des impôts, que nous ne ferions pas un autre prélèvement. Ce qui est difficile à comprendre pour vous, c'est que ce prélèvement n'est pas encore budgétisé, car nous avons mis des sommes assez optimistes dans le Budget. À la fin de l'année, il n'est pas exclu, que nous n'allons pas atteindre la somme des budgets, donc, la différence sera compensée avec le financement spécial. Alors, dans ces conditions, cela serait vraiment trop optimiste de faire, d'une part des rentrées fiscales optimistes et compter avec un éventuel prélèvement du financement spécial et d'autre part, encore diminuer le déficit avec un prélèvement sur les gains comptables, où pour l'instant, nous n'avons pas la possibilité de réaliser. Il faut encore relever une chose, presque tous les grands objets, qui vont faire le gain comptable avec la vente ou le droit de superficie, le Conseil de ville a déjà défini à quel sujet ce gain comptable devrait être utilisé, c'est-à-dire pour les Stades et pour l'Aire Gygax. Nous aurons aussi un gain comptable pour Esplanade. Donc, la Ville aura des gains comptables et l'utilisation est, ou sera définie. C'est pour ces raisons

que le Conseil municipal n'a pas fait de prélèvements de gains comptables pour l'année 2010.

Débat concernant les récapitulations par groupes de matières

La parole n'est pas demandée.

Discussion par direction

Mairie

Bösch Andreas, GPK: Wie in allen anderen Direktionen gehen die Zahlen auch im Präsidialstab sowohl auf der Ertrags- wie auch auf der Aufwandseite zurück. Wird das Budget 2010 mit dem Budget 2009 verglichen, zeigt sich eine Verschlechterung von CHF 628'000.-. Dabei muss im Hinterkopf behalten werden, dass die Subventionen des Tierparks und der Schwanenkolonie CHF 210'000.- neu statt dem Präsidialstab der Sicherheitsdirektion zufließen. Dies bedeutet einen höheren Aufwand für den Präsidialstab. Das Geld geht der Gemeinde also nicht verloren, es wird nur zur Sicherheitsdirektion umgebucht. Salopp könnte also gesagt werden, die Verschlechterung beim Budget Präsidialstab betrage eigentlich CHF 838'000.-. Zahlen können aber kaum direkt verglichen werden, weil überall Verschiebungen stattfinden. Dadurch wird es schwierig, ein solches Budget überhaupt zu verstehen. Der Ertrag beim Präsidialstab geht um CHF 2,8 Mio. zurück. Dabei verringern sich die Erträge aus Liegenschaften im Finanzvermögen (Konto 444, Seite 13) von CHF 4 Mio. auf CHF 1,75 Mio. (Differenz: CHF 2,25 Mio.). Erwähnenswert ist auch der Ertragsrückgang von CHF 0,5 Mio. bei Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (Konto 480, Seite 13).

Auch auf der Aufwandseite zeigt sich ein Rückgang von CHF 2 Mio. CHF 600'000.- werden beim Personalaufwand (Konto 30, Seite 11) eingespart, CHF 22'200.- beim Sachaufwand (Konto 31, Seite 11). Es wurde ja auch gefordert, dass jede Direktion beim Sachaufwand sparen muss. Die Beiträge an eigene Anstalten (Konto 363, Seite 12) verringern sich um CHF 1,25 Mio. (von CHF 4,2 Mio. auf CHF 2,95 Mio.). Alles in allem ist der Sparkurs beim Präsidialstab zwar ersichtlich, aber nicht massiv. Die Einnahmen sind deutlich niedriger angesetzt und auch bei den Ausgaben wurde zurückgefahren. Die GPK findet es aber richtig, dass nicht jetzt massiv gespart, sondern die Entwicklung abgewartet wird. Dennoch ist klar, dass gespart werden muss. Auffallend sind die CHF 514'300.-, welche bei den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonals (Konto 301, Seite 11) eingespart werden. In der Begründung ist die Rede von "Abbau von Stellenprozenten". In diesem Bereich wurden keine definitiven Stellenstreichungen beschlossen, also ist davon auszugehen, dass vakante Stellen nicht besetzt werden oder Pensen reduziert werden. Auf den Tischen aufgelegt ist ein Änderungsantrag der GPK, welcher Bezug auf deren Vorschlag zu Traktandum 5 nimmt, die Schaffung einer Stelle im Stadtarchiv. Zwar hätte die GPK hier nochmals die Gelegenheit, diese Stelle zu fordern. Da sie aber bereits im Traktandum 5 abgelehnt wurde, zieht die GPK diesen Antrag zurück. Die GPK kann dem Budget 2010 des Präsidialstabs zustimmen.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Ich kann mich der Würdigung des GPK-Sprechers anschliessen. Es handelt sich um ein vernünftiges, sachliches Sparbudget. Ich muss jedoch bekennen, dass dem Präsidialstab ein Fehler unterlaufen ist, der mir erst heute Abend mitgeteilt wurde. Dabei geht es um die Position 120.30700000 Gemeinderat auf Seite 17. Der gleiche Fehler passierte bereits für das Budget 2009, er wurde damals aber nicht bemerkt. Mit diesem Konto gleicht die Stadt die Renten der ehemaligen Gemeinderäte aus. Im Jahr 2008 war ein bestimmter Betrag eingesetzt, welcher zum Glück nicht budgetiert werden muss. Es handelte sich damals um eine einmalige Konstellation, die sich künftig noch höchstens zwei Mal ergeben könnte. Jährlich wiederkehrend sind aber an drei ehemalige Gemeinderäte CHF 170'000.- auszuführen. Auf Seite 18, Konto 120.48000000 ist ein Ertrag aus Entnahmen aus Spezialfinanzierungen budgetiert. Dieser Ertrag kann aber natürlich nur dann budgetiert werden, wenn gleichzeitig auch ein Aufwand vorgesehen ist. Es tut mir leid, dass dieser Fehler nicht früher entdeckt wurde. Mein Gewissen sagt mir, dass ich ihn heute Abend kommunizieren muss. Ich ersuche den Stadtrat, die entsprechende Verschlechterung von CHF 170'000.- ins Budget aufzunehmen. Es geht nicht darum, dass der Präsidialstab damit die Vorgaben umgehen will. Es handelt sich einfach um einen unangenehmen Fehler.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Je répète les montants afin que nous soyons au clair. Il s'agit du compte 30700000, page 17. Le montant passe de 28'100 fr. à 198'000 fr., soit une aggravation de 170'000 fr.

Vote

sur la proposition d'amendement du Conseil municipal

La proposition est acceptée.

Direction des finances

Rüfenacht Martin, GPK: Die GPK schaute das Budget der Finanzdirektion recht nüchtern an. Es ist ein Herzstück, das ist unbestritten. Das Budget 2010 der Finanzdirektion sieht bei einem Aufwand von CHF 112,5 Mio. einen Ertrag von CHF 203,4 Mio. vor. Dies ergibt einen Erfolg von CHF 90,9 Mio. Die grössten Budgetposten sind Liegenschaften (Konto 220, Seite 30), Finanzen (Konto 240, Seite 31), Steuern (Konto 260, Seite 34) und Informatik (Konto 280, Seite 36). Bei den Liegenschaften resultiert ein Aufwand von CHF 4,6 Mio, ein Ertrag von CHF 15,6 Mio. und ein Erfolg von CHF 11 Mio. Bei den Finanzen ergibt sich ein Aufwand von CHF 87,9 Mio. und ein Ertrag von CHF 63,3 Mio. Es resultiert ein Verlust von CHF 24,6 Mio. Bei den Steuern beträgt der Aufwand CHF 9,8 Mio., der Ertrag CHF 120 Mio. und der Erfolg CHF 110,2 Mio. Die Informatik weist einen Aufwand von CHF 8.2 Mio., einen Erfolg von CHF 4,3 Mio und einen Ertrag von CHF 3,9 Mio. aus.

Warum entsteht im Bereich Finanzen zwischen dem Budget 2010 und dem Budget 2009 ein Mehraufwand von CHF 19 Mio.? Diese Differenz beruht auf den übrigen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens (Konto 332, Seite 26). Das Budget 2009 sah Abschreibungen in der Höhe von CHF 33 Mio. vor. 2010 sind Abschreibungen in der Höhe von CHF 51,4 Mio. budgetiert. Der Finanzdirektor hat den Mechanismus der

Abschreibungen erklärt. Sie ergeben sich dadurch, dass Geld aus den Spezialfinanzierungen im gleichen Jahr abgeschrieben wird, wie es entnommen wird. Andere Gemeinden machen das anders. Dieses Vorgehen ist aber transparenter. Wenn der Stadtrat beispielsweise eine Mehrfachturnhalle bewilligt, beginnt die Planung, dann der Bau und nach drei Jahren ist die Halle vielleicht fertig. Nochmals zwei Jahre später folgt die letzte Rechnung. Die Finanzkontrolle und die GPK prüfen die Abrechnung zuhänden des Stadtrats. So vergehen weitere Jahre. Ich erinnere dabei an Abrechnungs-Leichen aus gewissen Direktionen, welche im Stadtrat auch schon behandelt wurden. Der Überblick ginge vollständig verloren, wenn die Abschreibung erst mit der Genehmigung der Abrechnung gemacht würde.

Die GPK analysierte auch die Differenzen zwischen der ersten und der zweiten Lesung. Sie hat festgestellt, dass das Budget der Finanzdirektion zwischen den beiden Lesungen um CHF 12 Mio. verbessert werden konnte. Wie wurde das bewerkstelligt? Der Aufwand wurde um CHF 1,5 Mio. und der Ertrag um CHF 10 Mio. optimiert. Die GPK diskutierte auch darüber, ob mit dem verrechneten Aufwand, welcher auch gegenüber dem Ertrag stetig zunimmt, nicht einfach Mittel gebunden würden. Es geht hier darum, dass die Informatik ihre Dienstleistungen, welche sie für andere Abteilungen erbringt, transparent ausweist.

Aus Sicht der GPK ist das Budget 2010 vorsichtig optimistisch, ein Budget der Hoffnung, welches nach besten momentanen Wissen und Gewissen und unter Einbezug der unsicheren und instabilen Wirtschaftslage erstellt wurde. Es kann sein, und die Hoffnung stirbt ja zuletzt, dass die Liegenschaftsverwaltung, wie schon oft in der Vergangenheit, unvorhergesehenerweise Land zu einem guten Preis verkaufen kann. Die jetzige Wirtschaftslage schliesst dies aber eher aus. Es kann sein, dass sich die Wirtschaftslage in einzelnen Branchen oder überhaupt schneller erholt als vorausgesagt. Wer weiss dies aber schon? Was passiert, wenn die Konjunkturprogramme ausgeschöpft sind? Wenn es mit der Wirtschaft wieder bergauf geht, beginnt das ganze Spiel wieder von vorne. Die GPK hätte sich in der Rubrik Sachaufwand, Dienstleistungen und Honorare, allgemeiner Verwaltungsaufwand (Konto 318) eine noch grössere Reduktion gewünscht. Zwischen der ersten und der zweiten Lesung wurde zwar reduziert. Ein respektvollerer Umgang mit dieser Sachrubrik wäre aber sicher angebracht. Neue Pulte und PCs steigern nicht zwingend jede Effizienz. Dies gilt nicht nur für die Finanzdirektion, sondern wahrscheinlich für alle Direktionen. Die GPK hat nach Prüfung der Unterlagen und aufgrund ihres momentanen Wissensstandes keine Beanstandungen vorzubringen und empfiehlt, dem Budget 2010 der Finanzdirektion zuzustimmen.

Isler Peter, Fraktion SP: Die Fraktion SP ist der Meinung, über den grossen Posten "Abschreibungen" sollte noch kurz gesprochen werden, damit diesen alle richtig verstehen. Im Sachgruppenezusammenzug in der Rubrik "Aufwand" (Seite 5) sind die Abschreibungen mit CHF 21 Mio. Differenz zum letzten Jahr mit Abstand der grösste Posten. Im nächsten Jahr sind die Abschreibungen also um CHF 21 Mio. höher als im 2009. Dieser Posten taucht dann auch wieder auf bei der Finanzdirektion mit ungefähr dem gleichen Betrag (Seite 26). An und für sich spielt es keine Rolle, ob dieser Betrag durch eine Spezialfinanzierung gedeckt wird. Es sind einfach CHF 21 Mio. Dem Stadtrat muss es bewusst sein, dass diese Abschreibungen mit Investitionen zusammenhängen. Das heisst, wenn überall gespart werden soll, muss auch dieser Posten näher betrachtet werden, abgesehen davon, dass die Fraktion SP

die Stadt weiterbringen will. Ich möchte den Finanzdirektor bitten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich habe diesen Bemerkungen nichts beizufügen. Insbesondere das Resultat bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen ist nicht sehr kohärent, da trotz Krise mit einem Zuwachs der Einnahmen gerechnet wird. Der Gemeinderat geht jedoch davon aus, dass die Stadt wächst und neue Steuerzahlende nach Biel ziehen werden. Biel hat überdurchschnittlich viel gute Steuerzahlende, das ist eine erfreuliche Entwicklung. Es ist wichtig, dass die Stadt für diese Bevölkerungsgruppe attraktiv bleibt, so dass alle Schichten der Bevölkerung zunehmen. Machen Sie mir jedoch nicht den Vorwurf, bei den juristischen Personen sei zu optimistisch budgetiert worden. Dort kann es sein, dass der Betrag zu hoch angenommen ist.

Zu den Abschreibungen: Die Abschreibungen sind ein Zeichen der Investitionstätigkeit einer Stadt und deren Willen, sich weiterzuentwickeln. Ich habe dafür Verständnis, dass der hohe Betrag von CHF 75 Mio. zu denken gibt. Auch mir gibt diese Zahl zu denken und ich habe Herrn Altenhoff beauftragt, nochmals zu prüfen, ob wirklich so hohe Abschreibungen getätigt werden müssen. Leider ist dies der Fall. Ein grosser Teil dieser Abschreibungen ist bedingt durch die Investitionen der letzten Jahre. Jedes Jahr müssen 10% des Restwertes abgeschrieben werden. Anteilsmässig am meisten trifft dies auf Investitionen zu, welche durch Spezialfinanzierungen finanziert werden. Insgesamt CHF 41,3 Mio. gehen alleine zu Lasten der Stades de Bienne, respektive der Spezialfinanzierung "Entwicklung Bözingenfeld / Stades de Bienne". Weitere Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im Umfang von insgesamt CHF 56 Mio. sind geplant, doch wird wohl nicht alles realisiert werden können, was jetzt budgetiert ist. Selbstverständlich ist der Stadtrat berechtigt, nachzufragen und detaillierte Unterlagen zu verlangen. Die GPK kann diese jederzeit einsehen. Die Mitarbeitenden der Stadt Biel geben gerne Auskunft.

Direction de la sécurité

Liechti Gertsch Teres, GPK: Zum Budget der Sicherheitsdirektion hat die GPK zwei Bemerkungen: Durch den Wegfall der Stadtpolizei hat eine grundsätzliche Veränderung stattgefunden. Gewisse Beträge können deshalb nicht einfach so mit dem Vorjahresbudget verglichen werden. Es muss erst eine neue Kontinuität entstehen.

Beim ESB sind bereits CHF 1,84 Mio. Ablieferungen an die Stadt weniger budgetiert, welche an die Stadt abgeliefert werden müssen (Konto 463, Seite 42). Herr Grivel wird bei den Sonderrechnungen dazu noch sprechen.

Ich möchte hier noch einmal auf das Thema SIP (Sicherheit - Intervention - Prävention) zu sprechen kommen. Gestern wurde in der Stellenschaffungsdebatte seitens der GPK angeregt, für die Schaffung der SIP einzutreten und die dafür vorgesehenen provisorischen Stellen zu schaffen. Dafür muss Geld ins Budget aufgenommen werden. Ursprünglich formulierte die GPK einen Antrag für vier Stellen inklusive einer Stelle für den Transfer des Yucca zur Sicherheitsdirektion. Die Fraktionen wollen vorderhand aber nur die drei provisorischen Stellen für SIP

umsetzen, weshalb die GPK auf einen Antrag für eine vierte Stelle verzichtet hat. Die Fraktion SP reichte in diesem Sinn einen Antrag ein. Die GPK hätte nur noch einmal den gleichen Antrag stellen können. Dies macht nicht viel Sinn. Deshalb kommt heute der GPK-Antrag als SP-Antrag daher. Es kommt nicht darauf an, woher der Antrag kommt, sondern darauf, dass Geld für die SIP ins Budget aufgenommen wird.

Die GPK beantragt, das Budget der Sicherheitsdirektion zu genehmigen.

Morier-Genoud Michèle, au nom du Groupe socialiste: Permettez-moi de faire un commentaire concernant la Direction de la sécurité. Le Groupe socialiste a analysé le contenu des comptes et remercie la Direction de son travail. Nous faisons **une proposition de modification** (feuille orange): il s'agit du compte **30100000, page 46. Le montant passerait de 562'900 fr. à 812'900 fr., soit une aggravation de 250'000 fr.** Ce montant est prévu pour la création de cette Unité d'intervention rapprochée (SIP en allemand).

Nous avons entendu, lors des discussions avec la Direction de la sécurité et avec les personnes concernées, que le concept précis concernant l'Unité d'intervention rapprochée doit être travaillé, car ce travail n'a pas été fait de manière suffisamment approfondie jusqu'à maintenant. C'est pour cette raison que nous avons décidé de proposer un montant. Il nous semble important, que ce dossier soit réalisé en collaboration avec la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, afin que l'on puisse vraiment ajuster le rôle de cette équipe. Dans ce sens, c'est vrai que le projet pilote est en préparation. Si le Budget est accepté, avec le Yucca et avec le réseau Contact, nous pourrions mieux saisir les enjeux de cette unité, particulièrement dans certains domaines, notamment les différentes synergies, qui devront être établies ainsi que de définir le profil type et les tâches afférentes aux personnes, qui pourraient être engagées par la suite. Je vous remercie de votre attention.

Beck Kadima Muriel, Fraktion Grüne Biel: Auch die Fraktion Grüne Biel empfiehlt das Budget der Sicherheitsdirektion zur Annahme. Sie hat aber einen gewichtigen Vorbehalt. Dieser betrifft die Stellenprozente SIP. Im Übrigen begrüsst sie die realitätsnähere Budgetierung zum Beispiel im Bussenwesen.

Die Fraktion Grüne Biel unterstützt den Antrag der SP betreffend den drei provisorischen Stellen für die SIP voll und ganz. Da diese Stellen vorerst provisorisch sind, kann schon bald überprüft werden, ob die gewünschten Ziele wirklich erreicht werden. Nachdem der dringende Bedarf im Jahr 2007 erkannt wurde, darf die SIP nun nicht den Sparmassnahmen zum Opfer fallen. Die Fraktion Grüne Biel ist der Meinung, dass die SIP eine sehr geeignete Form ist, der Gewalt in unserer Stadt zu begegnen. Es handelt sich um ein kommunikatives, präventives und bewegliches Instrument, welches deeskalierend wirken kann. Damit würde auch ein Ziel des Sicherheitskonzeptes erreicht. Es soll aber nicht über die Hintertüre wieder eine Gemeindepolizei eingeführt werden. Die anderen Sicherheitsprobleme sind ganz klar in der Kompetenz des Kantons und der Einheitspolizei. Die provisorische Schaffung dieser Stellen hat den Vorteil, dass in einer ersten Phase der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei nichts Definitives geschaffen wird und kein Präjudiz für diese Zusammenarbeit geschaffen wird. Gleichzeitig ist es klar, dass in den Strassen von

Biel Personen nötig sind, welche bei Gewalteskalationen eingreifen können, die jedoch eine andere Rolle haben als die Sicherheitspolizei.

Das Spezielle am Budget der Sicherheitsdirektion ist, dass noch wenig Erfahrungen im Zusammenhang mit der Einheitspolizei gemacht wurden. Erst mit der Rechnung 2009 wird sich zeigen, ob sich der budgetierte und vertraglich festgehaltene Einkauf von Dienstleistungen bei der Kantonspolizei für Biel bewährt. Erst dann können die finanziellen Auswirkungen beurteilt werden.

Die Fraktion Grüne Biel wünscht Barbara Schwickert weiterhin viel Erfolg bei ihren Aufgaben und ein gutes Gelingen in der Führung ihrer Direktion. Sie empfiehlt das Budget der Sicherheitsdirektion zur Annahme.

Moser Peter, Fraktion Forum: Es ist klar, dass die Fraktion Forum nicht gegen die SIP ist. Schliesslich war dies Inhalt meines Vorstosses, der überwiesen wurde. Drei Stellen sind jedoch nur ein Tropfen auf den heissen Stein und reichen bei weitem nicht. Die Fraktion Forum möchte wissen, wie das Einsatzkonzept von der SIP aussehen würde und ob der Stadtrat dazu Stellung nehmen kann. So wie ich gehört habe, soll eine Person im Büro arbeiten und deren zwei im Aussendienst. Das kann nicht die Lösung sein. Es soll sich auch nicht um Stellen handeln, bei welchen am Abend um 17.00 Uhr Feierabend ist und an den Wochenenden nicht gearbeitet wird. Genau dann beginnt ja die Arbeit der SIP. Es ist wenig sinnvoll, einfach auf den Einsatz der Kantonspolizei zu warten. Genau die Aufgaben, welche für die SIP vorgesehen sind, übernimmt die Kantonspolizei nämlich nicht. Zu diesem Thema sind noch viele Fragen zu klären, aber selbstverständlich unterstützt die Fraktion Forum die Schaffung dieser Stellen.

Grivel-Pierre-Yves, PRR: C'est peut-être sur un coup de cœur, que je vous propose ce soir (feuille orange), une aggravation du Budget 2010, concernant le compte **36520001, page 47. Le montant passerait de 70'000 fr. à 90'000 fr., soit une aggravation de 20'000 fr.** Certains diront que ce sont des "peanuts", d'autres m'accuseront d'alourdir le Budget.

La Ville est responsable des chiens et des chats abandonnés par ses propriétaires, si on les connaît! Une convention existe entre les communes de la région et la SPA (Société protectrice des animaux) d'Orpund. 134 communes, de Moutier à Berthoud, en passant par Bienne et le Seeland, ont signé des conventions avec cette société. Ces dernières années, la somme budgétée n'était plus suffisante et les relations entre la SPA et la Ville sont devenues tendues. Ces tensions se sont manifestées par des échanges de courrier et des menaces de rupture de la convention. Il y a une année et demie, j'ai d'ailleurs assisté à une séance à ce sujet, en la présence de Monsieur Scherrer.

Une grande partie des animaux du refuge viennent de Bienne et malheureusement, appartiennent à des personnes souvent elles-mêmes dans le besoin, qui ne peuvent donc pas payer les soins. En augmentant la somme au budget de cette société, on se donnera un peu d'air et on viendra en aide à cette société, qui occupe quatre employés à plein temps, pour s'occuper d'animaux abandonnés. Oui, la misère existe aussi sur quatre pattes! Merci.

Eschmann René, parteilos: Der Budget-Posten SIP ist einer der wenigen, von welchen die Fraktion SVP plus überzeugt ist, dass er jetzt ins Budget aufgenommen werden muss. Mit der SIP muss es jetzt vorwärts gehen. Ich habe aber noch eine Bemerkung zur Aussage von Herrn Moser. Es ist richtig, vorerst mit drei Stellen anzufangen und zu schauen, was mit diesen erreicht werden kann. Übrigens hat die Kantonspolizei trotz Leistungsvertrag nicht das Gefühl, dass sie sich bei den niederschweligen Aufgaben aus der Verantwortung ziehen wird. Es werden Überlegungen dazu angestellt, wie viel in diesen Bereich investiert werden kann. Sobald die Zusammenarbeit mit der SIP steht, kann gemeinsam mit der Kantonspolizei sehr viel erreicht werden. In meinen Augen ist es falsch, jetzt schon zu sagen, drei Stellen reichten nicht. Kreieren wir jetzt diese drei Stellen und schauen wir, welches ihre Aufgaben sind und was damit erreicht werden kann. Ich bin überzeugt, dass damit eine bessere Situation in den "points chauds" der Stadt erreicht werden kann. Die Fraktion SVP plus unterstützt diesen Punkt, bei allen anderen bekundet sie mehr Mühe.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Als das Sicherheitskonzept vorgelegt wurde, in welchem die niederschwellige Interventionseinheit SIP vorgeschlagen wurde, war ich sehr kritisch. Ich sah nicht ein, was eine SIP bringen soll. Heute kann ich diesem Versuch zustimmen. Es muss geklärt werden, wie die SIP eingesetzt werden kann und welche Aufgaben sie übernehmen soll. Häufig wird die SIP jedoch im Zusammenhang mit Gewalt erwähnt. Dies finde ich völlig verfehlt, denn sobald Gewalt eskaliert, darf die SIP gar nicht intervenieren. Die SIP kann nicht dazu da sein, Gewalt zu verhindern. Vielleicht kann sie im Vorfeld deeskalierend wirken. Es dürfen aber keine Privatpersonen dazu angestellt werden, um bei Schlägereien oder ähnlichem einzugreifen. Dies ist Aufgabe der Kantonspolizei. Wenn davon gesprochen wird, dass SIP in "points chauds" eingesetzt werden soll, kann dies nicht bedeuten, dass die SIP-Leute immer im Bermudadreieck anwesend sind und dann dazwischen gehen, wenn eine Schlägerei beginnt. Ich möchte auch die Hoffnung dämpfen, dass solche Probleme mit der SIP sofort gelöst werden. Dies auch im Hinblick darauf, dass nur drei Stellen geschaffen werden und solche Vorfälle an sieben Tagen während 24 Stunden stattfinden. Obwohl die SIP auch bei einer anderen Direktion angesiedelt werden könnte, finde ich es richtig, sie bei der Sicherheitsdirektion einzugliedern. Der Kredit für einen zweijährigen Versuchsbetrieb sollte gesprochen werden. Ich werde ihn unterstützen.

Arnold Marc, SP: Ich habe eine Frage zum Budget, Seite 44. Im Konto 46393000, Gewinnbeitrag von ESB, Bereich Elektrizität ist ein Ertrag von CHF 12'568'600.- budgetiert. Im Konto 46391000, Gewinnbeitrag von ESB, Bereich Gas steht keine Zahl. Im 2009 waren dort CHF 2'769'600.- budgetiert. Ich möchte wissen, weshalb dies so ist.

Beck Kadima Muriel, Fraktion Grüne Biel: Ich möchte auf die Aussage von Herrn Grivel reagieren. Die Fraktion Grüne Biel hat sich dieser Frage auch angenommen. Sie unterstützt den Tierschutzverein klar und ist überzeugt, dass er eine wichtige Arbeit leistet. Der Fraktion Grüne Biel fehlen aber die nötigen Informationen, um einen budgetrelevanten Entscheid treffen zu können. Deshalb kann sie den Vorstoss von Herrn Grivel im Moment nicht unterstützen.

Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin: Ich danke für die grundsätzlich gute Aufnahme des Budgets der Sicherheitsdirektion. Es ist klar, dass noch Fragen und Diskussionspunkte bestehen. Allgemein lässt sich sagen, dass eine saubere Budgetierung im Bereich Sicherheit wegen des Projekts Einheitspolizei im Moment nicht ganz einfach ist. Es gibt noch keine Erfahrungswerte oder gar Rechnungsabschlüsse, auf welche zurückgegriffen werden könnte. Es bestehen erst Zwischenkennzahlen. Die grossen Änderungen in der Sicherheitsdirektion haben nicht nur Auswirkungen aufs Budget. Sie betreffen viel mehr die Arbeit, welche das Personal leistet oder zum Teil auch nicht mehr so gut leisten kann, da die Personalressourcen nicht mehr vorhanden sind, auf welche zurückgegriffen werden könnte. Die finanziellen Auswirkungen werden erst mit der Rechnung 2009 definitiv sichtbar.

Es wurden zwei Anträge gestellt, der eine ist der SP/GPK-Antrag zur SIP, zu welchem sich die meisten Stadtratsmitglieder sehr positiv geäussert haben. Die Frage ist, ob die SIP wirklich eine Chance hat, wenn nur drei Stellen vorgesehen wurden. Zur SIP gab es Vorstösse, zu welchen sich der Gemeinderat bereits geäussert hat. Trotzdem wurde die SIP nicht ins Budget 2010 aufgenommen. Warum vertagt der Gemeinderat die Einführung der SIP? Im Vordergrund stehen nicht finanzielle Gründe. Vielmehr möchte der Gemeinderat zuerst Erfahrungen mit der Neuordnung des Polizeiwesens sammeln. Er ist der Meinung, dass die SIP erst eingeführt werden sollte, wenn diese Erfahrungen ausgewertet werden können. Dies ist ein längerer Prozess, wie das Beispiel der Stadt Bern zeigt. Dies sind die Gründe des Gemeinderats, weshalb im Moment mit der Einführung von der SIP noch gewartet werden sollte.

Zur Frage von Peter Moser betreffend dem Konzept für die SIP: Das Konzept wurde vom Gemeinderat noch nicht verabschiedet, jedoch bereits zweimal diskutiert. Es handelt sich um eine neue Aufgabe für die Stadt Biel, welche sich aber stark an Erfahrungen aus anderen Städten, so zum Beispiel Bern oder Luzern, anlehnt. Es ist jedoch nicht vorgesehen, dass 100 Stellenprozente für Bürotätigkeiten aufzuwenden sind und nur 200 Stellenprozente für den sichtbaren Sicherheitsdienst. Das Ziel ist vielmehr, dass alle SIP-Mitarbeitenden möglichst viel draussen, zu zweit unterwegs sind und leicht verschobene Arbeitszeiten haben. Es wird sicher kein "8.00–17.00-Uhr"-Job. Die SIP-Leute beginnen dann zu arbeiten, wenn alle anderen nach Hause gehen und tun dies bis relativ spät in die Nacht hinein. Es ist klar, dass auch die Wochenenden, insbesondere der Freitag- und Samstagabend, zur Arbeitszeit zählen. Sobald der Gemeinderat das Konzept verabschiedet hat, ist es ja nicht mehr geheim und es kann konsultiert werden.

Im Weiteren besteht ein Antrag von Herrn Grivel betreffend der Erhöhung der Subventionen für den Tierschutzverein. Der Tierschutzverein übernimmt für die Stadt Biel eine wichtige Aufgabe, das ist unbestritten. Er erhält CHF 70'000.-, wie das im Budget ersichtlich ist (Konto 36520001, Seite 47). Mit Ausnahme von vorletztem Jahr erhielt er immer diesen Betrag. Diese damalige Erhöhung war für ein bestimmtes Projekt vorgesehen, welches die Stadt unterstützte. Seit Anfang 2008 besteht eine Leistungsvereinbarung mit dem Tierschutzverein, in welcher ganz klar geregelt ist, dass der Tierschutzverein gegenüber der Stadt aus der Vergangenheit keine Forderungen mehr hat. Ich denke auch, dass der Tierschutzverein besser belegen müsste, wofür er die zusätzlichen CHF 20'000.- der Stadt benötigt. Die Rechnung

2009 des Tierschutzvereins weist einen Gewinn von über CHF 130'000.- aus und zudem verfügt er über ein schönes Vermögen. In diesem Sinn sehe ich keine akute Gefahr, dass der Tierschutzverein ohne die zusätzlichen CHF 20'000.- in Schwierigkeiten geriete. Es ist klar, dass sich der Tierschutzverein bei der Stadt melden und über alles diskutiert werden kann. Im Moment bitte ich den Stadtrat jedoch, diese CHF 20'000.- nicht zu sprechen. Es liegen zu wenig Informationen vor und der Tierschutzverein befindet sich nicht in einer schwierigen finanziellen Lage.

Herr Arnold stellte die Frage zur Gewinnablieferung ESB. Tatsächlich sind beim Gas keine Zahlen ausgewiesen. Dies kommt daher, dass die Gewinnablieferung neu zusammen erfolgt. Das heisst, die CHF 12'568'600.- im Konto 46393000 sind die Ablieferungen für Gas *und* Elektrizität.

Ich danke dem Stadtrat für die Zustimmung zum Budget der Sicherheitsdirektion.

Grivel-Pierre-Yves, PRR: J'ai bien écouté les compléments d'informations de la Directrice de la sécurité. Si cette Direction peut me donner des garanties, afin que je puisse revenir avec cet objet, avec des chiffres et peut-être dans un temps un peu plus agréable, alors je le ferai. Donc, **je retire ma proposition de modification** et vous mettez les 20'000 fr. pour autre chose. Merci.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: La proposition de modification de Monsieur Grivel est retirée.

Nous passons au vote la proposition de modification du Groupe socialiste concernant le compte 30100000 (page 46 / compte 321 Sécurité publique et population): Aggravation de 250'000 fr.

Vote

La proposition de modification est acceptée.

Interruption de la séance: 20h10 - 21h20

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Nous reprenons les débats, là où nous les avons laissés, c'est-à-dire avec la discussion par direction du Budget.

Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture

Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion: Comme vous avez pu le constater le budget de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture est toujours le plus important de la Ville. En temps de crise, les charges sociales ne peuvent qu'augmenter et cette année, nous avons un peu plus de 7 mio. fr. supplémentaires prévus: 191 mio. fr. qui passent à 198 mio. fr. Nous pouvons remarquer que les revenus ont aussi augmenté: presque 7 mio. fr. Cette augmentation est due à:

- Les dépenses admises à la répartition des charges cantonales augmentent (augmentation des postes administratifs pour les postes d'assistants sociaux du Service social, 30% de postes admis et nous avons maintenant 50%).
- Les charges augmentent aussi, notamment celles des allocations d'aide sociale, bien que nous ayons vu dans les comptes 2008 une tendance à la stabilisation. Il n'y a pas d'illusion à se faire. Elles vont encore augmenter. C'est aussi la tâche de l'État d'y répondre.

Derrière ces chiffres se cachent des femmes, des hommes et des enfants, qui dans la grande majorité souhaiteraient pouvoir se passer d'allocations. Cette Direction doit répondre à des sollicitations, qui vont aller en grandissant. Nous avons déjà entendu, que des demandes d'augmentation de subsides suivront. Elles seront faites par des organisations travaillant dans l'aide (par exemple aux logements des plus démunis, comme le Sleep-In ou Casanostra), car leur travail augmente, en même temps que la précarisation des conditions de vie pour une partie de notre population et ceci, sans parler des organismes dans les autres domaines (culture, jeunesse, etc.).

De gros efforts ont été déployés par la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, pour minimiser les charges sur le compte municipal, notamment en respectant le plafond imposé par la Direction des finances, par des réductions de dépenses selon les directives budgétaires sur le matériel, par le couplage de postes et par des réorganisations internes. Ceci a été entrepris, afin de mieux répondre aux nouveaux besoins pour les écoles et dans le domaine jeunesse et loisirs, par des recherches de synergies et l'adaptation de structures, telles que le projet de fusion entre le Musée Schwab et Neuhaus. Finalement, nous avons aussi entendu les propositions de réductions de subventions, dont nous avons déjà parlé et dont nous allons encore parler. Tout cela, pour pouvoir maintenir des activités, pour lesquelles un engagement de longue durée est indispensable et indiscutable au maintien de la qualité de vie de la population de Bienne, qu'elles soient dans le domaine scolaire, social ou culturel. C'est un gros effort qui a été réalisé pour aboutir à ce budget.

Au nom de la Commission de gestion, j'aimerais remercier tout le personnel de la Direction et des différents services, de l'énorme travail fourni pour accomplir cet exercice budgétaire. Néanmoins, la Commission de gestion a pris des positions différentes de celles proposées par le Conseil municipal sur les points qui se trouvent sur votre table:

1. Je vous rappelle que nous avons voté hier soir, en refusant l'abolition de la réduction pour les abonnements de transports publics à Bienne. Il s'agit **d'une aggravation de 250'000 fr., sur le compte 36650100, page 67** (feuille jaune).
2. La Commission de gestion a décidé de soutenir la proposition du Groupe culture interpartis, concernant la subvention aux médias électroniques: **aggravation de 150'000 fr., sur le compte 36545800, page 65** (feuille jaune). Je ne vais pas en dire plus concernant cette décision. Nous avons décidé, que ce serait au Groupe culture interpartis, d'argumenter cette proposition. La Commission de gestion estime néanmoins, qu'il sera important de revoir le contrat de prestation, selon la pratique utilisée dans d'autres domaines, comme celui de la culture et éventuellement de l'étendre à un contrat de quatre ans.
3. Nous vous proposons également d'appuyer la création de 145% de postes supplémentaires de secrétariats d'écoles: **proposition de modification** (feuille

jaune): il s'agit du compte **30100000**, page 76, le montant passerait de **4'950'200 fr. à 4'998'200 fr., soit une aggravation de 48'000 fr.** et le compte **30500000**, page 76, le montant passerait de **810'300 fr. à 819'080 fr., soit une aggravation de 9'080 fr.**

Les points 1 et 3 que je viens de mentionner ont été décidés hier. Ce soir, il reste la discussion sur le point 2, qui concerne la subvention aux médias électroniques. Je vous remercie de votre attention.

Grob Urs, Fraktion SVP plus: Die Fraktion SVP plus sieht es ähnlich wie der Finanzdirektor: die finanzielle Situation Biels ist alles andere als rosig und es werden vor allem in den nächsten Jahren Probleme auf die Stadt zukommen. Dies muss ernst genommen und die Verantwortung dafür übernommen werden. In diesem Sinn darf das Budget jetzt nicht überladen werden. Die Fraktion SVP plus hat festgestellt, dass trotz Schlagwort "Sparen und Investieren" an verschiedenen Punkten nicht gespart wird. So stellte sie fest, dass die Unterstützungsbeiträge einzelner Posten gegenüber dem Budget 2009 erhöht wurden und **beantragt**, hier **die gleichen Beträge zu sprechen wie 2009**. Dies betrifft die Sozialbeiträge auf Seite 64. Das Passantenheim Heilsarmee erhält CHF 60'000.- mehr (Konto 36553100), Sleep-In CHF 210'000.- mehr (Konto 36553200), Casanostra CHF 55'000.- mehr (Konto 36558800) und unter "Beiträge an Diverse Institutionen" sind CHF 17'100.- zusätzlich aufgeführt (Konto 36559900). Auf Seite 65 werden dann die Subventionen an die elektronischen Medien gestrichen (Konto 36545800). Die Fraktion SVP plus ist der Meinung, der Betrag für die elektronischen Medien solle in der gleichen Höhe wie 2009 ins Budget aufgenommen werden. Wie gesagt, sollten dafür die erwähnten Beiträge auf Seite 64 auf dem Niveau Budget 2009 belassen werden. Das Gleiche gilt für Seite 71. Bei der Position Subventionen sind Mehrausgaben budgetiert bei der Literarischen Gesellschaft (Konto 36543900), beim Theater für die Chlyne (Konto 36544800), beim Filmpodium (Konto 36545500), beim Festival du film français (Konto 36545610), bei den Bieler Fototagen (Konto 36545900) und beim Théâtre de la Grenouille (Konto 36548100). Dort schlägt die Fraktion SVP plus das gleiche Vorgehen wie bei den Sozialbeiträgen vor, alle Beiträge auf das Niveau von 2009 zurückzustufen. Selbst wenn die CHF 150'000.- für die elektronischen Medien gesprochen würden, könnten so noch insgesamt CHF 297'900.- eingespart werden. Die Fraktion SVP plus will niemandem etwas wegnehmen, alle erhalten gleich viel wie sie bereits hatten. In der schwierigen finanziellen Lage, in welcher sich die Stadt Biel heute befindet, ist es diesen Institutionen zuzumuten, sich mit dem zufrieden zu geben, was sie letztes Jahr erhalten haben.

Brassel Urs, FDP: Ich spreche zum Änderungsantrag der überparteilichen Kulturgruppe von CHF 150'000.- für die elektronischen Medien. Aus Spargründen entschied der Gemeinderat, die Unterstützung für die elektronischen Medien aus dem Budget zu streichen. Die überparteiliche Kulturgruppe ist damit nicht einverstanden und **beantragt**, den **Aufwandbetrag von CHF 150'000.-** (Konto 36545800, Seite 65) ins Budget aufzunehmen. Die bestehenden Leistungsverträge sind entsprechend zu verlängern und, wenn nötig, zu optimieren. Da die geltenden Leistungsverträge jeweils nur für ein Jahr gültig sind, überlegt sich die überparteiliche Kulturgruppe, einen Vorstoss einzureichen, welcher diese Laufzeit verlängert.

Biel nennt sich "zweisprachige Stadt" und "Stadt der Kommunikation". Radio Canal 3 und TeleBilingue, welche mit je CHF 75'000.- unterstützt werden sollen, leben diese Zweisprachigkeit konsequent und tragen sie mit ihren deutschen und französischsprachigen Programmen unter die regionale Bevölkerung. Biel/Bienne la bilingue. Beide Medien engagieren sich regional sehr stark und bieten einen guten Service publique. SportlerInnen und Sportvereinen, Kulturschaffenden und kulturellen Anlässen, Personen, welche sich für die Region einsetzen, Politikern (vor allem vor den Wahlen) und vielen anderen stehen zwei wertvolle Medien zur Verfügung. TeleBilingue zum Beispiel strahlt ausschliesslich Eigenproduktionen aus. PraktikantInnen und angehende JournalistInnen werden ausgebildet. So wird jungen Leuten der Einstieg in die Medienwelt ermöglicht.

Weshalb sind die CHF 150'000.- der überparteilichen Kulturgruppe so wichtig? Von den verantwortlichen Personen dieser beiden Medien erfuhr die überparteiliche Kulturgruppe, dass für sie jeder Franken der Stadt Biel zwei oder drei Franken wert sei. Dies deshalb, weil die Beiträge der Stadt sowohl durch den Kanton Bern (bei Radio Canal 3) wie auch durch das BAKOM (Bundesamt für Kommunikation) bei der Berechnung der Konzessionsgelder zählen und damit verdoppelt oder verdreifacht werden. Beide Medien sind private Unternehmen, welche aber keinen Gewinn erwirtschaften. Dies ist per Gesetz verboten.

Wo liegen die grossen und kostenintensiven Probleme dieser beiden Medien? Wie die Stadtverwaltung und viele Bieler Firmen kennen auch sie den hohen finanziellen Aufwand, um die Zweisprachigkeit gewährleisten zu können. So muss zum Beispiel Radio Canal 3 zwei zielgruppengerichtete Programme produzieren. DeutschschweizerInnen hören nicht die gleiche Musik wie die Welschen. TeleBilingue übersetzt jeden Beitrag auf deutsch und französisch, arbeitet an 7 Tagen und während 52 Wochen. Dies ist sehr personalintensiv. Aufgrund der heute schon knappen Mittel ist der Personalbestand auf dem absoluten Minimum. Wird jemand krank, muss sie eine Person ersetzen, die eigentlich frei hat. TeleBilingue und Radio Canal 3 können nicht alleine von Sponsoring- und Werbeeinnahmen leben. Die elektronischen Medien sind überreguliert und das regionale Vermarktungspotenzial ist vor allem für das französischsprachige Programm gering. Das Sendegebiet von Radio Canal 3, speziell im Jura, und die konzessionsbedingten Werbeauflagen (zum Beispiel keine Tabak- und Alkoholwerbung) wirken sehr einschränkend. Den Bieler Medien wurde vom BAKOM im Rahmen des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) ein zu geringer Gebührenanteil zugesprochen. Es wäre eine Unterstützung von bis zu 70% der Betriebskosten möglich gewesen. Zugesprochen wurden aber maximal 50%. Die Zusatzkosten, welche durch die Zweisprachigkeit entstehen, flossen bei der Berechnung nicht oder zu wenig ein. Bei beiden Medien stehen grosse Investitionen an. So muss zum Beispiel Radio Canal 3 seine analoge Infrastruktur ersetzen.

Was passiert, wenn die Stadt Biel die Subventionen für diese beiden Medien streicht? Die CHF 150'000.- entsprechen einem Minimalbetrag und betten die beiden Medien nicht auf Rosen. Sie können damit jedoch den heutigen Service aufrecht erhalten. Ohne die Unterstützung der Stadt hat auch der Kanton Bern keine Unterstützungsmöglichkeit mehr. Die Bilanzsummen würden kleiner, was zu einer weiteren Kürzung beim Gebührenanteil führen könnte. Aus diesen Gründen ist jeder Bieler Franken, wie bereits erwähnt, zwei bis drei Franken wert. Wenn die Stadt nicht

zahlt müsste bei beiden Medien nochmals gespart werden. Das bedeutet, dass der bereits jetzt knappe Personalbestand zusätzlich verkleinert werden müsste. Die Programme müssten gekürzt und schlussendlich könnten die Konzessionsanforderungen nicht mehr erfüllt werden, beide Medien würden von der Medienlandschaft verschwinden. Wer würde dieses Loch füllen? Wäre ein zweisprachiges Angebot weiterhin möglich? Wie sähe es mit dem Service Public aus? Die CHF 150'000.-, welche die Stadt Biel hier ausgeben müsste, stehen aus Sicht der überparteilichen Kulturgruppe in keinem Verhältnis dazu, was ohne diese Investition verloren ginge. Die überparteiliche Kulturgruppe hofft auf Ihre Unterstützung des Antrags. Ein besonderer Dank geht an die Verantwortlichen der beiden Medien, Frau Bolle, Herr Senn, Herr Geissbühler und alle anderen, welche zu diesem Thema Auskunft gegeben haben.

Chevallier Barbara, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste a pris connaissance avec grande attention du Budget présenté. Voici trois remarques préliminaires:

- La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture s'est efforcée, dans la mesure du possible, de préserver les acquis, de renforcer le personnel pour faire face à l'augmentation des demandes dans le domaine social et des écoles et surtout pour consolider les nombreux projets entrepris. Je pense en particuliers aux projets concernant le SIP, au développement des écoles de jour, aux travailleurs sociaux dans les écoles et également aux inspecteurs sociaux.
- La Direction a également voulu maintenir les subventionnements aux nombreuses activités culturelles et sportives, qui enrichissent la Ville sur un plan humain et font de notre Ville, une ville active, colorée et ouverte sur l'extérieur.
- Un gros effort d'économie dans les postes de biens immobiliers et marchandises a été fourni par tous les services, pour tenter de contenir le déficit.

Nous remercions les collaborateurs et collaboratrice de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture pour ces efforts.

Cela dit, hier, au point 5, je vous annonçais que le Groupe socialiste allait faire une demande de modification (feuille jaune) au Budget 2010: il s'agit du compte **30100000, page 86, le montant passerait de 5'322'300 fr. à 5'552'300 fr., soit une aggravation de 230'000 fr.** et le compte **30500000, page 86, le montant passerait de 989'400 fr. à 1'029'400 fr., soit une aggravation de 40'000 fr.**, pour le Service de la protection de la jeunesse et des adultes. Pourquoi demandons-nous ces modifications? Depuis des années, la difficulté à faire face à l'augmentation des cas en détresse, d'une gravité de plus en plus aiguë de ce service, est connue et documentée. Il suffit de lire les procès-verbaux du Conseil de ville, pour se rendre compte que le thème a été ici, abordé à maintes reprises. Ces difficultés ne sont pas l'apanage unique de la Ville de Bienne. Le Canton a pris ses responsabilités en décidant d'octroyer 50% de ressources administratives supplémentaires par poste d'assistant social, au lieu de 30% précédemment accordés. Cela signifie en clair, que le Service a droit à 485% de postes administratifs supplémentaires. Or, le Service n'en reçoit actuellement que 240%. Le reste des ressources cantonales est pour l'heure affecté à des tâches, qui ne sont pas du ressort des travailleurs sociaux. Cette situation est incompréhensible, lorsque l'on sait à quel point ils en ont besoin et à quel point ils sont submergés. Il n'est pas impossible, que l'un ou l'autre d'entre vous ait mis en doute, à un moment donné, l'efficacité de ce service. J'ai entendu dire, au

début de mon mandat de présidente de commission scolaire: *"Vous pouvez toujours faire un avis de détresse, de toute façon ça ne sert à rien, les services sont débordés, les dossiers s'empilent et rien ne bouge"*. Depuis, j'ai compris pourquoi, dans un certain nombre de cas, effectivement cela ne sert à rien. Ce service est sans cesse appelé à travailler dans l'urgence. Il fait un travail de pompier et doit trouver des solutions maintenant et tout de suite. Il est évident, que par conséquent, tout ce qui ne brûle pas peut attendre. Nous devons bien nous rendre compte, que derrière chacun de ces dossiers en attente, il y a des enfants, des adolescents et des adultes, qui vivent des situations dramatiques. Par souci d'efficacité, ce service est actuellement en train de se restructurer. Cela dit, il est plus que probable, que dès l'apparition du rapport du service sur cette restructuration, la preuve soit faite, qu'il a bel et bien besoin de ces 245% supplémentaires de postes, pour mener à bien son travail et ne pas être constamment appelé à travailler dans l'urgence, sans avoir le temps d'assurer les tâches courantes.

Le Groupe socialiste n'a pas souhaité mettre la charrue avant les bœufs en demandant ces postes avant d'avoir eu toutes les informations en main concernant les besoins. Cependant, le Groupe socialiste demande, que le montant correspondant aux 245% de postes financés par le Canton soit inscrit au Budget et demande, en parallèle, la création de ces postes par le biais d'une motion déposée hier soir. En acceptant d'inscrire ce montant au Budget, vous aurez donné à ce service les ressources que le Canton lui accorde, parce qu'il en a reconnu la nécessité. J'en viens maintenant aux autres modifications souhaitées pour ce département.

Le Groupe socialiste soutient les propositions de modifications faites par la Commission de gestion, à savoir de remettre au Budget la subvention pour les abonnements de bus pour les bénéficiaires de prestations complémentaires et le financement de 145% de postes de secrétariat, pour la direction des écoles.

Le Groupe socialiste n'entrera pas en matière sur les propositions faites ce soir de l'UDC.

En ce qui concerne la proposition du Groupe culture interpartis, c'est à dire le maintien de la subvention à Canal 3 et TeleBilingue, le Groupe socialiste a décidé, à une grande majorité, de soutenir et de maintenir les 150'000 fr. dans le Budget 2010. Cette décision ne va pas de soi. En effet, plusieurs paramètres interviennent dans le subventionnement d'entreprises, comme Canal 3 et TeleBilingue, par la Ville. Est-ce le rôle de l'État de subventionner une entreprise privée, d'autant plus si cette entreprise ne se trouve plus dans une phase de lancement? Est-ce juste que l'État finance des médias? Qu'en est-il de l'indépendance de la Presse? Canal 3 et TeleBilingue respectent les exigences de l'Office fédéral de la communication, notamment sur les conditions de travail des employés. Cependant, ces contraintes sont minimales et par exemple moins exigeantes que celles contenues dans la convention collective de travail pour les radios régionales, en ce qui concerne les salaires, les possibilités de formation et la reconnaissance du travail de nuit. Canal 3 a refusé de signer la convention collective romande. Pour le Groupe socialiste, si la Ville de Bienne subventionne une entreprise, même privée, elle est en droit de demander le respect des exigences syndicales ou au moins, d'encourager le dialogue avec les partenaires sociaux. Le Groupe socialiste accorde cependant toute son

importance au bilinguisme de la Ville de Bienne et reconnaît, qu'il a un coût, qui est souvent difficile à financer par des voies privées. Le soutien accordé par l'OFCOM (Office fédéral de la communication) ne reconnaît d'ailleurs pas les frais supplémentaires engendrés par le bilinguisme. C'est pourquoi, la suppression de la subvention de la Ville de Bienne risquerait d'engendrer la fin de Canal 3 et TeleBilingue, ce que le Groupe socialiste ne souhaite pas. Le contrat de subventionnement est de la compétence du Conseil municipal. Il est vrai qu'il est juridiquement difficile d'intégrer dans un contrat de droits privés, des exigences sur les conditions de travail. Cependant, pour reprendre les préoccupations syndicales énoncées plus tôt, le Groupe socialiste demande à l'exécutif d'intégrer dans ce contrat un encouragement au respect des conditions de travail, défendu par les partenaires sociaux, notamment en ce qui concerne l'accès à la formation, le respect des salaires minimaux et la reconnaissance du travail de nuit.

Dernière remarque: comme vous avez pu le constater, le Conseil municipal nous propose une hausse de la subvention en faveur du Sleep-In, page 64 du Budget. Cette subvention était admise à la compensation des charges. Le Conseil de ville n'est malheureusement pas compétent pour décider seul de cette hausse de subvention, qui passerait de 330'000 fr. à 540'000 fr. Le Canton n'a apparemment pas encore répondu à la requête du Conseil municipal. Depuis dix ans, les responsables des nuits n'ont pas connu d'augmentation salariale. Comme vous pouvez le constater, en lisant le dépliant reçu sur vos tables, le Sleep-In joue un rôle essentiel pour la Ville de Bienne. Il offre un toit pour les personnes dans le besoin. Le Groupe socialiste demande au Conseil municipal de tout mettre en œuvre pour que cette hausse de subventions soit accordée et remercie le Sleep-In pour son travail professionnel et malheureusement indispensable pour éviter que des hommes et des femmes ne doivent dormir dans la rue. Je vous remercie.

Pichard Alain, Fraktion GLP: Die Fraktion Grünliberale wird auch dafür votieren, die Subventionen an Canal 3 und TeleBilingue weiterzuführen. VertreterInnen der beiden Medien haben die Fraktion anlässlich der Fraktionssitzung davon überzeugt, dass wirklich mehr verloren gehen könnte, als eingespart wird. Genauso wie die Fraktion Grünliberale einen solchen Schnellschuss beim Sparen ablehnt, lehnt sie auch den Antrag der Fraktion SP zum Thema Erwachsenen- und Jugendschutz ab.

Ich möchte dazu eine Geschichte erzählen: Vor den Ferien wurde ein schwieriger Schüler in ein Heim eingewiesen. Dort ist er entwischt und wurde in Handschellen wieder zurückgebracht. Darauf entwischte er wieder. Irgendwann tauchte er in Biel wieder auf. Am Mittwoch fand eine Sitzung des Amtes für Erwachsenen- und Jugendschutz statt. Anwesend waren neben Frau Rätz, ein Familienbetreuer, drei Schulleiter, drei Schulsozialarbeiterinnen und dieser Junge und seine Mutter. Natürlich konnte der Junge sehr glaubhaft versichern, dass ihm sein Verhalten leid tue und er jetzt wieder zur Schule gehen wolle. Es wurde ihm nicht nur erlaubt, die Schule wieder zu besuchen sondern auch, ein Jahr zu wiederholen. Der Junge wurde in meine Klasse eingeteilt. Dagegen habe ich mich gewehrt, da meine Klasse bereits 20 Jugendliche umfasst, vier davon KleinklassenschülerInnen, welche integriert werden müssen. Es wurde mir aber versichert, dass Frau Rätz die mangelnde Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus übernehmen würde. Darauf richtete ich ein Pult für diesen Jungen ein und bereitete alles für einen guten Empfang vor. Dass er am Montag nicht erschien, überraschte mich nicht. Dass die Mutter nicht

erreichbar war, überraschte mich auch nicht. Frau Rätz vom Amt für Erwachsenen- und Jugendschutz war in den Ferien und eine Stellvertretung gab es auch nicht. Die Dossierbearbeitung, welche zum Teil vom Kanton vorgeschrieben ist, ist absolut altertümlich, die Fallbearbeitung vollkommen ineffizient. Das ist das Problem! Wenn in eine solche Organisation immer mehr Geld investiert wird, dann reichen auch CHF 150'000.- mehr nicht. Das ist ein Fass ohne Boden. Was ich von der Fraktion SP immer gefordert habe, als ich dort noch Mitglied war, sind andere Denkmuster. Die SP beantwortet Probleme immer mit Quantität. Es ist dabei kein Trost, dass der Kanton auch bezahlt. Was ist das für ein Argument? Wir alle sind Bürger dieses Kantons und bezahlen Steuern. Eine Stelle muss effizient, sinnvoll und notwendig sein. Vielleicht ist sie das aber nur solange im gleichen System verharret wird. Wenn immer gleich weitergemacht wird, verwaltet man mir noch das Personal. Es wird nichts geändert, nur der Aufwand wird immer grösser. Deshalb lehnt die Fraktion Grünliberale den Antrag der Fraktion SP ab.

Letzten August fand eine grosse Versammlung statt, an welcher alle unterstützenden Hilfsorganisationen wie die Erziehungsberatung und ähnliche mit den Schulleitern zusammengekommen sind, um zu schauen, was unternommen werden kann. Der Leiter der Erziehungsberatung Biel sagte, er sehe so viele Leute, die helfen, analysieren und beraten wollten, aber wer arbeite da eigentlich noch? Die Fraktion Grünliberale unterstützt den Antrag der GPK, dieser entspricht der ständigen Forderung der Fraktion Grünliberale, dass die Schulen vor Ort unterstützt werden müssen. Dies führt zu autonomen Schulen. Natürlich hätte es die Fraktion Grünliberale auch gerne, wenn dafür die Aufgaben des Schulamts oder bei der Abteilung Schule & Sport abgebaut werden könnten. Ein solcher Hüftschuss entspricht aber nicht der grünliberalen Politik.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts a examiné le Budget concernant le Département de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture avec l'œil de nos préoccupations principales lors de ces dernières années. Quels sont les thèmes dans lesquels le Groupe des Verts s'est engagé et qu'en est-il de ces thèmes aujourd'hui dans notre Budget?

Nous nous sommes particulièrement engagés sur les structures d'accueil extrafamilial, en particulier par rapport aux tarifs très élevés. La Ville avait, à ce moment-là, accepté de subventionner la moitié des tarifs. Cette subvention reste au Budget et nous en sommes très heureux. Le Groupe des Verts s'est aussi occupé de la question du travail social scolaire et cette prestation est maintenue au Budget. Nous sommes engagés par rapport aux personnes, qui sont privées de revenus et par rapport à toutes les questions liées à la réintégration sociale et professionnelle des gens qui sont à l'aide sociale. Ces postes sont au Budget, ils sont aussi augmentés et peuvent répondre aux besoins. Le Groupe des Verts est satisfait de ce Budget. Nous constatons que le poste du Service d'intégration a été augmenté, afin de permettre la mise en œuvre du Concept de sécurité, par rapport à la population étrangère migrante. L'aide sociale a aussi été augmentée, pour faire face aux nouvelles demandes qui vont arriver et qui vont s'accroître. Enfin, il y a eu une augmentation du soutien financier aux associations, qui rendent service à la communauté, qui remplissent des trous par rapport aux prestations sociales et à la communauté. Elles sont aussi des institutions créatrices de liens sociaux, qui sont essentiels actuellement. Enfin, le soutien à la culture a été maintenu.

Concernant TeleBilingue et Canal 3, nous avons appris qu'il existe un contrat de prestations entre les deux institutions et la Ville. La suppression brutale de cette subvention est-elle due à une violation des conditions qui sont survenues dans le contrat de prestations? Nous aurions bien voulu recevoir une partie des rapports élaborés par ces deux institutions, sur leurs prestations, afin que nous puissions nous rendre compte. Nous ne sommes pas des fanatiques de la subvention de médias privés. Néanmoins, à Bienne, la situation est un peu particulière et nous devons faire des entorses à nos principes. La question du bilinguisme est un thème avec lequel nous devons compter. Nous savons, que si cette subvention est supprimée, ce sont les romands qui vont en subir les conséquences. Nous pensons qu'il faut maintenir cette subvention, à la demande du Groupe culture interpartis. Nous avons aussi le désir que dans la convention, dans le contrat de prestation, figurent des conditions de travail usuelles à la branche. Je ne vais pas revenir là-dessus, nous sommes heureux que la suppression au soutien pour les transports publics pour les retraités ait été remise au Budget. Nous aimerions encore soutenir la création des 145% de postes pour le secrétariat des écoles primaires. Et enfin, nous soutenons les 230'000 fr. pour le Service de la protection de la jeunesse et des adultes pour des postes administratifs prévus par le Canton.

Le discours de Monsieur Pichard m'a scandalisé, on ne peut plus, à partir d'éléments, de petits exemples personnels, tirer des traits sur la comète comme si c'était la réalité globale et comme si c'était la vérité. Je travaille aussi quotidiennement avec le service et je sais combien la surcharge de ce service permet aussi des disfonctionnements. Ces équipes doivent être absolument renforcées, sinon nous arriverons à des solutions radicales ou banales. Il est important, que l'on ne mène pas l'opprobre sur ce service. Les personnes qui y travaillent sont des professionnels très engagés et qui font leur travail au plus près de leur conscience. Elles ont des normes à respecter et nous devons aussi respecter ceci! Merci.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum zeigte sich bereits bei der Eintretensdebatte besorgt über die Entwicklung des Budgets der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion. Es ist richtig, dass ein grosser Teil der Erhöhungen in diesem Budget vom Kanton getragen werden. Dies beruhigt die Fraktion Forum aber nicht, denn sie hat auch die Entwicklungen beim Kanton im Auge.

Wo könnte gespart werden? Verfolgt man die Diskussion im Stadtrat, ist es offenbar nicht möglich, überhaupt irgendwo zu sparen. Alles hat seine Berechtigung. Trotzdem hat die Fraktion Forum einen Punkt gefunden, bei welchem wunderbar gespart werden könnte, nämlich bei den Spesen der Sekundar- und Primarschulstufe. Diese stiegen von CHF 730'000.- in der Rechnung 2009 auf CHF 1,65 Mio. (Konto 31700000, Seite 77). Leider ist dieser Budgetposten aber etwas falsch benannt. Gemäss Herrn Peter Walther, Leiter Schule & Sport, wurde in diesen Posten alles gepackt, was zum Bereich Schultransport gehört, wie beispielsweise die Folgekosten nach Aufhebung des VESA (Verband für ergänzende Schulangebote Biel-Seeland) oder die Kosten durch die Zusammenlegung von Kindergärten. Meine Sparsbemühungen lösten sich daher in Luft auf - schade...

Trotzdem hat die Fraktion Forum eine Bemerkung zu einem Umstand, welchen sie in dieser Direktion, aber auch in der ganzen Verwaltung feststellt. Vielleicht handelt es

sich um eine Strategie? Es geht um die Zunahme der Honorare. Einige sind sicher gerechtfertigt. Es gibt aber auch Expertenberichte, die nichts Neues zu Tage fördern und trotzdem viel kosten. Wenn die öffentliche Hand etwas weniger beratergläubig wäre, gäbe es dort vielleicht ein gewisses Sparpotenzial. Die Stadt gibt nämlich immerhin etwa CHF 10,7 Mio. für Honorare aus!

Zu den verschiedenen Anträgen: Die Fraktion Forum befürwortet die Unterstützung für die elektronischen Medien, CHF 150'000.- sollten weiterhin gesprochen werden. Warum kommen die Bürgerlichen zu diesem Schluss? Eigentlich müssten sie ja den Standpunkt vertreten, eine private Unternehmung müsse sich selber behaupten, sie jedenfalls stehen dazu. Aber dann dürfte der Staat auch keine Auflagen dazu machen, wie sich die Unternehmung zu verhalten hat. Die Unternehmung müsste sich auf dem Markt völlig frei bewegen können. Das ist wie bei den Bauern, welchen der Staat sagt, sie sollen sich marktkonform verhalten aber gleichzeitig Vorschriften und Verbote erlässt. So ist freie Marktwirtschaft nicht möglich. Wenn sich die Medien marktwirtschaftlich verhalten sollen, werden sie wohl als erstes dort sparen, wo sie am wenigsten Ertragspotenzial sehen, und das ist bei den welschen Sendern. Damit wäre die Zweisprachigkeit, welche Radio Canal 3 und TeleBilingue fördern, gefährdet. Dies ist der Grund, weshalb die Fraktion Forum diesem Antrag zustimmen kann.

Über die Schulsekretariate wurde bereits gestern diskutiert und die Fraktion Forum unterstützt diesen Antrag. Wenn ich jedoch den Schuldirektor richtig verstanden habe, sollen noch irgendwo CHF 100'000.- für die Schulsekretariate budgetiert sein. Ist das richtig und wenn ja, könnte dieses Geld eingespart werden, wenn die Schulsekretariate bewilligt werden? (*Diskussion im Hintergrund*) Ich präzisiere mich, im Budget soll meinen Informationen zufolge ein Betrag budgetiert sein, um die Arbeiten des Schulsekretariates aufzufangen, weshalb keine Stelle geschaffen werden müsse. So habe ich es gestern verstanden... Es sieht so aus, als ob ich das falsch verstanden hätte... Somit habe ich schon wieder Sparpotenzial gefunden, welches leider nicht realisiert werden kann... (*Gelächter*)

Zum Antrag der Fraktion SVP plus: Grundsätzlich kann sich die Fraktion Forum diesem Antrag anschliessen. Aber ihr fehlen die Grundlagen, um zu entscheiden, ob die im Budget vorgesehenen Erhöhungen gerechtfertigt sind oder nicht. Das Argumentarium des Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektors, warum diese Erhöhungen im Budget aufgenommen wurden, wäre hier hilfreich.

Grundsätzlich ist die Fraktion Forum gegen den Antrag der Fraktion SP. Sie geht davon aus, dass Stellen nicht geschaffen werden müssen, wenn eine Direktion diese nicht beantragt.

Zuber Carine, PSR: Je prends la parole à titre personnel, mais aussi en tant que membre de la Commission des tutelles. Depuis mars, je participe aux séances le lundi. À chaque séance, nous sommes confrontés, non seulement avec le nombre de cas, mais aussi le genre de cas. Nous préparons individuellement ces séances durant le week-end. Cette tâche nous prend du temps et notre esprit, car il s'agit de situations souvent préoccupantes. Il faut voir la chose de manière efficiente et logique. De manière très concrète, nous constatons l'énormité des dossiers ainsi qu'une lourdeur de procédure. Elle n'est pas liée à un "Denkmuster". Ce genre de

travail se passe dans un cadre juridique. Ce cadre juridique est réglementé par une loi fédérale, par des applications cantonales et doit entrer là-dedans. Ce n'est pas qu'un "Denkmuster"! Ces lois sont en révision et ensuite, elles seront plus efficaces. Il est normal, qu'il existe certaines protections juridiques, qui soient mises en application, lorsqu'il est question d'enlever le droit de garde à des enfants, d'interdire le discernement de personnes, etc.

Nous constatons aussi, qu'il y a des cas urgents, très urgents et très très urgents. Il se peut qu'un jour, qu'il y ait un cas urgent d'un enfant qui ne va pas à l'école. Il se peut aussi, que le même jour, qu'un cas plus urgent se présente et que le service soit débordé. Nous avons peur, qu'il arrive des cas, comme dans le Canton de Genève, où un bébé a été retrouvé après plusieurs jours, pas nourri, par des parents intoxiqués, alors que les voisins étaient au courant! Le service était alors débordé et n'a pas pris la chose au sérieux. Cette situation ne s'est pas encore présentée à Bienne. Nous avons peur que cela arrive et nous constatons que le service est débordé.

J'ai posé la question, afin de savoir si je pouvais faire quelque chose au niveau du Conseil de ville, vu que je suis la seule conseillère de ville dans la Commission des tutelles. On m'a répondu, que cela dépend des cantons, car certaines tâches sont reprises par le Canton. Ces tâches sont effectuées par le Service des tutelles, pour le Canton, d'autres tâches sont de l'ordre du Conseil municipal et celles-ci sont réglementées par le nombre de dossiers, par travailleur et travailleuse sociaux engagés. Dans ces cas c'est très difficile, car il y a beaucoup d'avis de détresse, auxquels le service doit répondre et le travail est effectué dans l'urgence. Concernant les questions cantonales, je n'ai pas eu le réflexe de vérifier les choses dans le détail. Il me semble, que lorsque le Canton augmente sa participation pour créer des postes, automatiquement les postes sont créés. Ce qui entre de la part du Canton, qui est budgété pour l'année prochaine, ne correspond pas aux postes créés. Il y a une différence d'interprétation en ce qui concerne cette question. Cette interprétation émane de la Direction des finances, qui dit que la participation cantonale doit servir à couvrir des postes, que la Ville a déjà créés. Une autre interprétation affirme, que la participation cantonale doit servir à couvrir des postes, qui doivent être créés. Aujourd'hui, la réponse n'est pas claire. Je constate que le manque est là. Le montant budgété doit venir du Canton. Il faut clarifier ces questions, c'est à dire de savoir quelles sont les tâches de la Ville et quelles sont les tâches du Canton.

Je vous recommande, à titre personnelle et à titre de membre de la Commission des tutelles, de voter oui à la proposition du Parti socialiste, afin que le montant soit inscrit au Budget. Le Groupe socialiste propose une motion demandant de prendre une décision sur ces postes. Je fais appel à votre raison et à votre logique. Je m'en veux de ne pas avoir compris la situation avant et je m'en excuse. J'en aurais parlé à mes collègues de la Commission des tutelles et aux membres des autres partis, afin d'essayer d'amener cette question en commun. Je vous remercie de votre attention.

Wiederkehr Martin, im Namen der Sportkommission: In dieser Debatte ist immer wieder "Sparen und Investieren" ein Thema. Ich komme zum Investieren: Ich möchte Klarheit schaffen zu den CHF 180'000.- auf Seite 82, Konto 36500000. Dieses Geld wird investiert in zirka 2'900 JuniorInnen in 34 Vereinen auf dem Platz Biel. Es ist eine Investition, welche Erfolg bringt. Die unterstützten Jugendlichen gewannen letztes Jahr an Schweizer Meisterschaften 70 Medaillen. Weitere 80 Mannschaften

gewannen ebenfalls Medaillen an Schweizer Meisterschaften. Dies ist Ausschlag gebend dafür, wie die Sportkommission die Gelder verteilt. Auf der leistungsorientierten Ebene spielen diese Erfolge eine wichtige Rolle. Es geht aber auch darum, wie viele Jugendliche ein Verein betreut und welche Sportanlagen er betreiben muss. Mit diesen CHF 180'000.- werden auch verschiedene Anlässe von Vereinen unterstützt, für welche sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet wird im Interesse der öffentlichen Hand aber auch des Stadtmarketings.

Der Betrag von CHF 180'000.- ist seit längerem eingefroren. Alleine die Teuerung würde bei 2% in fünf Jahren 10% betragen. Dies macht ungefähr CHF 20'000.- aus. Mit dieser bescheidenen Erhöhung könnte dem Umstand Rechnung getragen werden, dass vor fünf Jahren nur etwa 30 Vereine mit wesentlich weniger JuniorInnen unterstützt wurden. Heute können die JuniorInnen mit CHF 50.- pro Kind unterstützt werden. Wenn der Antrag der Sportkommission angenommen würde, könnte dieser Beitrag auf zirka CHF 55.- erhöht werden. Es handelt sich um eine bescheidene Investition in die Sportstadt Biel/Bienne. Die Juniorenabteilungen sind kostenintensiv und werden meistens durch Freiwillige betreut. Die Betriebskosten werden immer höher und die Einnahmemöglichkeiten kleiner. In diesem Bereich ist es sehr schwierig, Sponsoren zu finden. Ich danke dem Stadtrat für seine Zustimmung.

Grivel-Pierre-Yves, PRR: Comment est-il possible, même en temps de crise et dans des perspectives budgétaires difficiles, de vouloir supprimer une aide financière à nos deux médias responsables de la communication? Comment peut-on prévoir une suppression d'aide financière à la radio, en sachant que le Canton en fera de même? Les médias bilingues, pour notre Ville, sont à défendre aujourd'hui, de façon véhémement et engagée: Bienne, Ville de la communication (Comdays), Bienne Ville avec son fort pourcentage de romand, Bienne connue loin à la ronde pour son bilinguisme et dont nous sommes si fiers, Bienne, Ville pont entre le Seeland et le Jura bernois francophone. Nous avons besoin de nos médias, pour assurer la communication écrite et visuelle. Nous avons besoin d'échanger, de comprendre l'autre. Nous, politiciens n'avons-nous pas besoin d'eux? Vous êtes-vous imaginé vivre sans médias, particulièrement certains en période d'élection? Et votre image médiatique, l'avez-vous oubliée? Je n'ose imaginer cela. Et notre électorat, qu'en pense-t-il de cette situation? J'attends de ces médias bilingues, qu'ils soient informés et que le contact existe entre eux, le peuple et nous politiciens. Nous sommes différents, mais nous sommes bilingues. Nous ne pouvons nous passer d'eux et eux ne peuvent vivre sans nous. Continuons de les soutenir et évitons chaque année de toujours rediscuter cet état de fait. Osons signer des contrats de prestations de longues durées. Ici c'est Bienne, ici c'est Canal 3 et TeleBilingue. Ne mettons pas, s'il vous plaît, le bilinguisme en péril!

Gurtner Roland, Passerelle: Nous passons d'un thème à l'autre (protection de la jeunesse et des adultes, sport, médias, etc.). J'aimerais revenir sur la question du Service de la protection de la jeunesse et des adultes. J'aimerais remercier Madame Zuber pour son témoignage, qui m'a beaucoup touché et qui est extrêmement juste. Lorsque je siégeais à la Commission de gestion, j'ai eu l'occasion de m'entretenir avec la responsable de ce service, Madame Vuilleumier. Je peux vous garantir que c'est exactement la situation décrite par Madame Zuber. Ce service est débordé. Je ne comprends pas les propos de Monsieur Pichard, qui à partir d'un cas isolé, monté en épingle, tire une généralité pareille, en affirmant que ce service est inefficent et

que ces personnes ne font rien. Monsieur Pichard, la bonne façon de faire de la politique, vous qui êtes nouveau: prenez la peine de vous informer! C'est seulement avec des entretiens menés avec les personnes responsables, que l'on se rend véritablement compte de la situation et que l'on peut argumenter.

Calegari Patrick, UDC: Suite au discours de mon ami Pierre-Yves Grivel, je pourrais simplement dire "idem" à ce qu'il a dit et retourner à ma place. C'est à peu près ce que je voulais dire. Je vais quand même ajouter deux ou trois choses.

Bienne, Ville de la communication: notre Maire le proclame tous les jours à travers notre nation. C'est dans ce domaine que l'on veut économiser? On ne veut plus communiquer, mais on veut économiser! Cela fait trois ou quatre semaines que l'on parle de ce sujet partout. Pour sauver ce crédit, la plus grande publicité que nous pouvions faire, c'est de le rayer du Budget. En tant que biennois, je ne pourrais pas imaginer aller au lit sans regarder TeleBilingue. Je ne loupe pas une émission de TeleBilingue. Lorsque je rentre tard le soir et que je n'ai pas pu regarder TeleBilingue avant d'aller me coucher, j'ai l'occasion de revoir les émissions le lendemain à midi. À six heures du matin, je ne pourrais pas être sans écouter Canal 3. Lorsque j'entends la voix d'Alain Nicati ou de notre Maire, ce n'est plus ma mère qui me réveille, mais c'est le Maire! Toute la journée, je suis branché sur ce poste de radio. De temps en temps, je change les ondes, je passe de 106,4 à 98,6. Cela sort du cœur et je ne peux pas imaginer un biennois qui ne consomme pas les médias à notre disposition à Bienne, que ce soit le Bieler Tagblatt, le Journal du Jura, le Biel Bienne, Canal 3 et naturellement TeleBilingue. Je ne peux pas imaginer un biennois, qui ne sait pas qui est le Maire et comment il s'appelle. Pour moi, si un biennois ne le sait pas, cela n'en est pas un!

Je profite pour faire un appel à nos médias, surtout à TeleBilingue. Nous devenons exigeants et je suis le premier à l'être. J'aimerais dire aux responsables de TeleBilingue, qu'ils essayent d'évoluer dans les programmes, qu'ils fassent des reportages plus approfondis. Dans tous les domaines, il y a des reportages à faire. Après 17 minutes, les reportages sont terminés, car il n'y a plus rien à dire.

Naturellement, je soutiens à 100% Martin Wiederkehr avec sa demande d'augmenter les montants pour le sport et l'animation. À l'époque, je voulais demander un demi-million pour cela. Ce soir, je vous prie de soutenir cette demande. Je demande au Conseil municipal, à l'avenir, de nous donner plus d'explications concernant les montants versés.

Pichard Alain, GLP: Nach den Angriffen auf meine Person muss ich etwas anfügen. Herr Gurtner, es ist schon ein starkes Stück, dass sie mir vorwerfen, ich hätte mich nicht über die Arbeit des Erwachsenen- und Jugendschutzes informiert. Was ich in meinem Votum sagte, erwähnte ich bereits vor drei Jahren. Ich bin an der Front und habe zahlreiche Kontakte mit diesen Jungen. Ich gehe mit ihnen in Lager, organisiere Fussballturniere, mache Theater. Informieren Sie sich doch einmal, was meine KollegInnen und ich mit diesen Jungen alles unternehmen. Wir haben bedeutend viel mehr mit ihnen zu tun als diese Ämter. Ich will nicht dieser Frau einen Vorwurf machen, dass sie in die Ferien gegangen ist. Ich mache aber dem Amt einen Vorwurf. Wenn es der Schule einen so schwierigen Schüler übergibt und verspricht, die Kommunikation zu übernehmen, ist es schlecht, wenn schon am Anfang keine

Ansprechperson da ist. Das ist ein Problem der Amtsorganisation. Ein Umdenken muss stattfinden. In einigen Bereichen wurde dies bereits erreicht und es ist auch hier zu schaffen. Der Stadtrat muss sich aber ein paar Wahrheiten sagen lassen. Es bedeutet nicht Solidarität, wenn schwierigen Schülern, welche aus dem Schulsystem herausfallen, mit Steuergeldern eine teure Privatschule bezahlt wird.

Sermet-Nicolet Béatrice, PSR: Je vais essayer d'être très brève. Pendant toutes les années où j'étais enseignante, j'étais confrontée à la réalité des jeunes. On va me dire, qu'au degré secondaire II, ce n'est pas la même chose qu'à l'école obligatoire. Dans cette salle, il y a beaucoup de personnes, qui sont aussi confrontées aux problèmes de l'école obligatoire et indirectement aux problèmes liés au Service de protection de la jeunesse et des adultes. Je pense, qu'en fustigeant ce service, on ne fera pas un pas de plus en avant, bien au contraire. Monsieur Pichard, j'ai du respect pour votre travail, j'ai du respect pour tous les enseignants, qui comme vous, essayent de faire au mieux avec des cas difficiles, voir très difficiles. Je pense, qu'en accordant ces postes de travail au Service de protection de la jeunesse et des adultes, nous avancerons plus vite qu'en le fustigeant. Je vous demande, au nom de la conscience, au nom de la sécurité, puisque nous avons voté un Concept de sécurité, que nous aillions plus loin. C'est aussi assurer une forme de sécurité.

J'étais venue pour vous parler de la subvention à Canal 3 et à TeleBilingue. Je ne vais pas dire ce qui a déjà été dit. J'aimerais juste ajouter deux petites choses. Si le Conseil de ville n'accorde pas cette subvention à ces deux médias, le Canton n'accordera pas de subvention à Canal 3. Or, en accordant une subvention à Canal 3, c'est au fond la doubler ce soir. J'aimerais également dire, que Bienne, Ville bilingue, a souvent de la peine à paraître dans nos médias nationaux. Or, on assiste à une concentration des médias au niveau national. L'existence des médias régionaux permet l'existence d'une information régionale, dans les deux langues. Pour nous, c'est extrêmement important et particulièrement pour les francophones. Je remercie donc tous les groupes, qui se sont déclarés favorables à cette subvention. Dernier point, j'aimerais dire que nous avons de la chance de vivre dans une ville, dont les finances sont relativement saines, voir très saines. Les temps deviennent plus difficiles, mais je crois que jusqu'à aujourd'hui, la Ville a été gérée d'excellente manière. En ce sens, je remercie le Conseil municipal. Merci de votre attention.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Ich spreche zu den Subventionen von TeleBilingue und Radio Canal 3: Dazu gibt es für mich ein paar grundsätzliche Überlegungen. Es geht auch um den Vorschlag, die Erhöhungen bei den anderen Kulturinstitutionen zu streichen und so den Betrag für die elektronischen Medien sicherzustellen. Vielleicht bin ich ein Kontrapunkt zu meinen VorrednerInnen. Ich weiss nicht, auf welchem Kanal TeleBilingue läuft und ehrlicherweise höre ich auch kaum Radio Canal 3. Trotzdem ist es mir klar, dass diese beiden Institutionen nicht verschwinden dürfen, nur weil die Stadt ihre Subventionen streicht. Ich werde diesem Antrag zustimmen.

Die Bearbeitung des Budgets empfinde ich als schwierig. Die Unterlagen kommen kurz vor der Sitzung und es sind viele Zahlen. Um diese zu verstehen, braucht es Hintergrundwissen, Informationen und den Austausch mit anderen. Deshalb ist es für mich besonders schwierig, über Vorschläge zu entscheiden, welche mir im Vorfeld nicht mitgeteilt wurden. In der heutigen Zeit mit Mail-Kontakt wäre eine solche vorgängige Information möglich. Ich finde es sehr schwierig zu entscheiden, ob

diesen Kulturinstitutionen berechtigterweise mehr Geld zugesprochen werden soll oder nicht. Die Idee tönt gut: durch die Streichungen könnte sogar mehr gespart werden als die CHF 150'000.-, welche für TeleBilingue und Radio Canal 3 benötigt würden. Leider fehlen mir für diesen Entscheid aber die Grundlagen. Ähnlich geht es mir mit den CHF 20'000.- für den Sport. Ich habe sehr viele Sympathien für den Sport, aber ich muss diese Ausgaben auch abwägen können. (*Zwischenruf Wiederkehr: ...Darum habe ich dir Zahlen geliefert...*) Ja, jetzt hier, aber das reicht mir nicht. Ich hoffe, der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor kann noch genauere Angaben machen. Aber auch wenn ich diese Zahlen und Begründungen heute noch höre, es reicht einfach nicht für eine fundierte Entscheidung. Gestern hat der Stadtrat ein gutes Beispiel der Lobbying-Arbeit erhalten: er wurde empfangen mit einem Flyer und wurde fast noch fotografiert oder gefilmt. Ich hätte das aber gerne vorher überprüft. In der politischen Arbeit geht es doch auch darum, Mehrheiten zu suchen.

Was mich auch noch beschäftigt ist, dass zu den elektronischen Medien das Wort "Service Public" gefallen ist. Service Public ist für mich nicht einfach nur der Dienst, welcher der Öffentlichkeit geboten wird. Service Public ist für mich eine Grundversorgung, welche zur standardmässigen Infrastruktur gehört, welcher ein Bürger/eine Bürgerin vom Staat erwarten kann. Es ist schwierig abzuschätzen, ob es die elektronischen Medien wirklich standardmässig braucht. Ein solcher Entscheid könnte nach aussen auch eine Signalwirkung haben. Wie ist es zum Beispiel für die Zeitung Biel-Bienne? Wenn deren Zahlen schlecht werden, würde dann die Zweisprachigkeit sterben und sie könnten von der Stadt Subventionen einfordern? Für mich wäre es einfach wichtig, dass sich der Stadtrat noch ein besseres Bild über die Situation und über den Leistungsvertrag machen könnte. Ich wollte nicht gegen diesen Kredit sprechen, aber dies sind Dinge, die mich stark beschäftigen.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Beaucoup de choses ont été dites sur la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Quelqu'un a dit que c'est une direction qui s'occupe beaucoup de la qualité de vie. En effet, cette direction est chargée de l'action sociale au niveau de l'aide individuelle, institutionnelle, de la protection de la jeunesse et des adultes. Cette direction s'occupe de la jeunesse avec les écoles, de Jeunesse et loisirs, des structures d'accueil extrafamilial, du travail social scolaire et du sport. Elle s'occupe également de la culture. Ce sont des domaines d'actions municipales, dont lesquels le Conseil de ville, le Conseil municipal et parfois aussi le peuple ont souhaité mettre des actions ou ont affirmé une volonté claire d'aller de l'avant. Ils ont exprimé l'idée très forte, que tous ces domaines appartiennent à l'image de la Ville et si, "ici c'est Bienne", nous sommes fiers de cette ville. C'est aussi en raison de ces domaines, qui ont une très grande qualité et parce qu'il y a une très grande cohésion sociale, grâce à l'action sociale. Mais, c'est aussi du fait que nos écoles sont bonnes et que la culture est dynamique. Évidemment, cela coûte beaucoup et la direction, que je représente, coûte énormément. Nous en avons beaucoup parlé. Nous avons dit, que c'est dans cette direction que le plus grand nombre de postes ont été créés au cours des dix dernières années et où l'évolution financière est la plus forte. À ce sujet, je dirais qu'à chaque fois, que le Conseil de ville a pris des décisions en allant dans le sens de l'augmentation des dépenses, c'est qu'il a estimé, qu'il y avait des besoins sociaux, qui s'étaient exprimés. Le Conseil de ville a estimé, que les institutions culturelles biennoises avaient besoin de cet argent pour pouvoir se développer et jouer le rôle, qu'elles ont à jouer, afin de bien attacher

la population à cette ville. Le Conseil de ville a estimé, qu'il fallait des structures d'accueil extrafamilial, qui soient toujours plus performantes et une offre toujours plus large, afin que les familles puissent bien fonctionner.

Nous avons aussi entendu, hier et aujourd'hui, des réflexions sur les difficultés financières, qui nous attendent et sur l'éventualité de procéder à des économies. Certains parmi vous disent, qu'il y a encore des possibilités d'économies. D'autres disent, que ce n'est pas le cas. En ce qui me concerne, je peux vous dire, que si j'ai proposé au Conseil de ville de supprimer le rabais aux personnes âgées bénéficiaires des prestations complémentaires de l'AVS, en ce qui concerne les abonnements de transports publics, si j'ai proposé la suppression de la subvention à Canal 3, c'est parce que dans tout cet énorme budget, je n'ai pas vu d'autres marges de manœuvre. Il est possible qu'il y en ait d'autres. Celles qui ont été mentionnées ce soir n'en sont pas et j'aimerais vous expliquer pourquoi.

Tout d'abord, vous avez parlé des institutions sociales et des augmentations dans ces institutions. Je rappelle que l'aide sociale est pilotée par le Canton, même si Madame Magnin n'apprécie pas cette idée. Vous savez, le fait qu'elle soit pilotée par le Canton ou par la Confédération, c'est une très bonne chose pour les gens que vous représentez, puisque cela a permis de pratiquer l'aide sociale d'une manière uniforme dans le pays. Cela a permis d'éviter des débats à la baisse de l'aide sociale dans les différentes communes et permet de garantir à chaque habitante et habitant de ce pays une aide sociale minimum, qui est la même partout. Cela signifie, par corollaire, que l'aide sociale institutionnelle doit elle aussi être coordonnée sur le plan cantonal. Si nous voulons, qu'au niveau institutionnel, chacun soit traité de la même manière, nous voulons, qu'au niveau institutionnel, ce soit la même chose, c'est-à-dire qu'une organisation comme Spitex ou Casanostra ou d'autres organisations d'aide sociale soient traitées de la même façon, à Bienne, à Berne ou ailleurs. Donc, c'est le Canton qui accorde les subventions. Pour qu'il les accorde, il faut qu'elles soient inscrites au Budget. Les institutions viennent discuter avec le Directeur des affaires sociales, pour parler de leurs soucis. La Direction évalue les besoins et les besoins sont transmis au Conseil municipal, puis inscrits au Budget. Mais finalement, la subvention n'est véritablement accordée, que si le Canton l'accorde en fonction de décisions d'inscriptions à la répartition des charges. Le montant, qui est effectivement donné à l'institution, est le montant que le Canton accepte et non pas le montant qui figure ici au Budget. Je sais que je déçois de nombreuses personnes, mais il faut dire, que dans le Budget, en ce qui concerne ces institutions, que ce soit Casanostra, l'Armée du salut ou Sleep-In, l'augmentation figure aux dépenses, mais elle figure aussi aux entrées, puisqu'il y a l'argent que reçoit l'institution et l'argent que nous rembourse le Canton. Si le Canton décide de ne pas nous rembourser l'argent, alors nous n'augmentons pas non plus la subvention. Donc, il n'y a pas là de marges de manœuvre pour économiser.

Deuxième exemple: beaucoup d'entre vous ont parlé des institutions culturelles, en disant que nous étions généreux. Vous êtes en retard! Les décisions concernant les augmentations des subventions culturelles ont été prises par le Conseil de ville, au mois d'avril et mai, lorsque vous avez accordé des crédits sur trois ans pour ces institutions. Sur la base de ces décisions, les contrats de subventionnement ont été accordés. Il n'y a aucune marge de manœuvres dans le domaine culturel. Tout est bétonné dans des contrats de subventionnement de plusieurs années.

En ce qui concerne le sport, je ne vais pas m'exprimer sur la proposition de Monsieur Wiederkehr. La Commission des sports estime que le passage de 180'000 fr. à 200'000 fr. au Budget est indispensable. La Direction avait biffé cette demande d'augmentation. Elle ne l'avait même pas soumise au Conseil municipal, en raison de l'enveloppe budgétaire attribuée à la Direction et donc de la politique financière, qui à ce sujet-là, nous semblait bien raisonnable.

Ensuite, en ce qui concerne la Protection de la jeunesse et des adultes, l'affaire est extrêmement compliquée. Je voudrais tout d'abord dire, que j'ai peu de sympathie, pour les réflexions s'appuyant sur des cas individuels, sur des amalgames et des généralisations. En politique, nous ne pouvons pas porter des jugements sur la base de cas isolés. Nous savons bien, que nous sommes un pays, qui a le pire système hospitalier du monde. Nous sommes le pays, qui a le pire système médical du monde et qui a la pire police du monde. Nous sommes, Monsieur Pichard, le pays qui a la pire école publique du monde! La politique doit réfléchir globalement et se poser la question des besoins. Le fait de condamner le travail acharné d'un département tout entier, par un exemple isolé, n'est pas à qualifier. Le travail de la Protection de la jeunesse et des adultes est effectivement un travail très dur. Ce département annonce depuis longtemps une surcharge. Lorsqu'il y a une surcharge, on peut y répondre par des restructurations ou par l'augmentation des ressources. Le débat sur les ressources des Services sociaux et de la Protection de la jeunesse et des adultes est traité de la même manière que l'aide sociale individuelle. Il s'agit d'un débat cantonal. Il repose sur le principe, que chaque assistant social doit traiter 100 dossiers. Le Canton a accordé un forfait de 136'000 fr. jusqu'au 31 décembre 2008, depuis le 1^{er} janvier 2009. Ce forfait est de 177'000 fr. pour 100 dossiers, couvrant ainsi les frais d'un assistant social et les frais administratifs. Le soutien administratif a augmenté de 30% à 50%. Le Conseil municipal a décidé, de prendre compte de cette augmentation qu'en partie, puisque les 85 postes, qui ont été mentionnés dans la discussion, n'ont pas été transcrits en postes réels. Il n'y a pas eu de proposition de cet ordre de grandeur. La proposition du Conseil municipal est de créer 2,4 postes, ce que vous avez déjà accepté hier.

Finalement, en ce qui concerne les médias, je disais tout à l'heure, que les marges de manœuvres étaient extrêmement réduites, en ce qui concerne les subventions sociales ou culturelles et les dépenses scolaires. La responsabilité du Conseil municipal est de dire au Conseil de ville, où sont les marges de manœuvres, qu'il a en matière d'économie ou de renoncement à des dépenses. C'est en sachant, que ces propositions sont très impopulaires, qu'il vous les fait. Il sait aussi, qu'il n'existe pas de propositions d'économies, qui soient populaires. En général, le Conseil de ville et la population se solidarisent avec ceux qui devraient être victimes de coupures budgétaires. Pourquoi vous proposez cette coupure des médias, alors que cette coupure aurait des conséquences très dures, tant pour Canal 3 que pour TeleBilingue? En fait, la question est celle de la politique financière, mais l'autre question, c'est la question fondamentale du rôle de l'État, en matière de soutien des médias. Le Conseil municipal est d'avis, que les médias doivent relever de la sphère privée et non pas de la sphère publique, que s'ils jouent un rôle d'intérêt public et Dieu sait si Canal 3 et TeleBilingue sont appréciés pour un rôle d'intérêt public. Que serait un État, qui attendrait de ses médias, qu'ils travaillent pour lui? Nous avons fait réaliser, il y a quelques années, une étude juridique afin de savoir qu'elles étaient les

possibilités du soutien aux médias. Cette étude a conclu, que la seule justification d'un soutien aux médias était le bilinguisme. Comment définir les prestations des médias en termes de bilinguisme? C'est extrêmement difficile. Nous l'avons fait dans les contrats de prestations, en demandant l'égalité de traitement des deux langues, en demandant l'égalité de la qualification et du nombre de membres du personnel et en demandant l'égalité de la représentation des deux langues dans les organes dirigeants. Ce sont les seuls éléments sur lesquels nous pouvons prendre influence. Je réponds à ceux qui rêvent d'une intervention de nature syndicale: ceci est tout à fait impensable, le pouvoir public ne pouvant pas intervenir dans une entreprise privée en ce qui concerne le traitement de son personnel. Des parlementaires ont mentionné, que Canal 3 n'était plus rattaché au réseau des radios locales romandes. Là non plus, il n'y a pas de possibilité d'intervention pour la Ville. Les contrats de prestations signés avec les deux institutions ont toujours été des contrats annuels. Il a toujours été clairement dit aux deux institutions, que la politique de financement allait un jour cesser, avec l'objectif de cesser la subvention au moment de la décision fédérale concernant le "Splitting" de la redevance. Cela a toujours été clair entre nous, du moins c'est ce que nous pensions du côté du Conseil municipal, puisque dans leur demande de concession, les deux institutions ont néanmoins mentionné la subvention municipale comme revenu propre, ce qui était dans le fond contraire à nos accords.

Voilà les raisons qui poussent le Conseil municipal à vous proposer la suppression de cette subvention. Encore une fois, le Conseil municipal est persuadé que le bilinguisme est une tâche d'intérêt public, mais c'est une tâche qui relève de la sphère privée. Beaucoup d'autres institutions sont actives dans le bilinguisme et portent le bilinguisme, fort heureusement. Le Conseil municipal considère que son soutien au Forum du bilinguisme, le fait d'avoir des écoles bilingues à Bienne, le fait d'avoir des écoles égales dans les deux langues et nous pouvons multiplier les exemples, c'est la contribution des pouvoirs publics au bilinguisme dans leur champ d'activité scolaire, culturel et social. Je vous remercie de votre attention.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Je crois que les opinions sont faites. Nous pouvons passer aux votes des différentes propositions de modifications.

La première proposition de modification émane du Groupe culture interpartis concernant le compte 36545800 (page 65 / compte 404 Subventions générales): Aggravation de 150'000 fr.

Vote

La proposition de modification est acceptée.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Ensuite, la proposition de modification de la Commission de gestion concernant le compte 36650100 (page 67 / compte 408 Agence AVS): Aggravation de 250'000 fr.

Vote

La proposition de modification est acceptée.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Ensuite les propositions de modifications, de la Commission de gestion, concernant le compte 30100000 (page 76 / compte 424 Écoles des degrés primaires et secondaires): Aggravation de 48'000 fr. et le compte 30500000 (page 76 / compte 424 Écoles des degrés primaires et secondaires): Aggravation de 9'080 fr. Les deux propositions de modifications sont liées.

Vote

Les propositions de modifications sont acceptées.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Les prochaines propositions émanent du Groupe socialiste. Elle sont également liées. Elles concernent le compte 30100000 (page 86 / compte 470 Protection des adultes et de la jeunesse): Aggravation de 230'000 fr. et le compte 30500000 (page 86 / compte 470 Protection des adultes et de la jeunesse): Aggravation de 40'000 fr.

Vote

Les propositions de modifications sont acceptées.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: La prochaine proposition provient du Groupe UDC plus. Les postes doivent-ils être votés séparément? Cela ne semble pas être le cas. Nous allons donc voter la proposition en bloc (page 64 / compte 402, page 65 / compte 404 et page 71 /compte 415): Amélioration de 297'900 fr.

Vote

La proposition de modification est refusée.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: La dernière proposition émane de la Commission des sports concernant le compte 36500000 (pages 81/82 / compte 434 Sport): Aggravation de 20'000 fr.

Vote

La proposition de modification est acceptée.

Direction des travaux publics

Stöckli Schwarzen Heidi, GPK: Wie alle anderen Direktionen auch, musste die Baudirektion ihren Plafond senken, und zwar um CHF 759'000.- (Konto 3, Seite 90). Sie versuchte zu sparen, minimal beim Personal (Konto 30, Seite 90), etwas mehr beim Sachaufwand (Konto 31, Seite 90). Es wurde weniger in die Spezialfinanzierung eingelegt (Konto 38, Seite 91) und im Gegenzug stiegen die eigenen Beiträge an Gemeinwesen und Kanton (Konto 36, Seite 91) sowie die internen Verrechnungen (Konto 39, Seite 91). Auch in dieser Direktion ist es nicht einfach, den Sparhebel

anzusetzen. Fast 50% des Aufwands sind Löhne des Personals. Die Beiträge an Gemeinwesen und Kanton können nicht selber gesteuert werden. Der Sachaufwand kann auch nicht ungestraft gross gekürzt werden, da sonst die Auftragserfüllung der Direktion beschnitten wird. Der verrechnete Aufwand belastet das Budget von Jahr zu Jahr mehr.

Wo könnte also noch gespart werden? Der Gemeinderat war der Ansicht, im Bereich Gebäudeunterhalt wäre noch etwas möglich. Er hat sowohl beim baulichen Unterhalt (Konto 31400000, Seite 96) wie auch beim Unterhalt CTS (Konto 36311000, Seite 97) die Beträge unter die Werte des Budgets von 2009 gesenkt, dies im vollen Bewusstsein darüber, dass er damit gegen die Forderungen und Entscheide des Stadtrates verstösst. Für diejenigen, die noch nicht so lange im Parlament sind, weise ich darauf hin, dass die GPK und der Stadtrat seit Jahren fordern, dass die Stadt genügend Gelder für den Gebäudeunterhalt reserviert. Sie haben aus dem Desaster des aufgeschobenen Unterhalts bei den Schulhäusern gelernt. Es wäre schön, wenn 1% des Gebäudeversicherungswertes budgetiert werden könnte, so wie es die Immobilienbranche und der Kanton auch tun. Da aber die Kreditgrenze für Unterhaltsarbeiten in Biel bei CHF 50'000.- liegt und alle Projekte, welche teurer werden, in die Investitionsplanung aufgenommen werden müssen, reichen in Biel auch 0,5%. In Franken ausgedrückt würde das heissen, bei CHF 0,5 Mrd. Gebäudewert sollten zirka CHF 2,4 Mio. für den Unterhalt budgetiert werden. Dies war bei den Budgets der letzten Jahre der Fall.

Die Kreditgrenze von CHF 50'000.- für Unterhaltsarbeiten bedeutet auch, dass diese Arbeiten zeitgerecht umgesetzt werden müssen. Sonst führt der aufgeschobene Unterhalt zu einer weiteren Verteuerung des Projektes. Die GPK und der Stadtrat forderten bis jetzt nicht nur eine angemessene Mittelbereitstellung, sondern korrigierten das Budget in den letzten Jahren auch entsprechend, wenn der Gemeinderat dieser Forderung nicht nachkam. So passierte es beispielsweise in der Budgetdiskussion 2006.

Ich mache auch auf die Abmachung aufmerksam, dass die Gelder für den Unterhalt der städtischen Liegenschaften und derjenigen der CTS nach dem Schema 2:1 aufgeteilt werden und dass der Mindestbeitrag für die CTS CHF 700'000.- betragen muss. Aus diesen Gründen stellt die GPK den Antrag, den Unterhalt für die städtischen und die von der CTS genutzten Gebäude mindestens auf die Summe des aktuellen Budgets anzuheben. Das heisst, **das Konto 31400000 wird von CHF 1,595 Mio. auf CHF 1,710 Mio. und das Konto 36311000 von CHF 645'000.- auf CHF 700'000.- erhöht.**

Heute Abend wurde die Unterstellung gemacht, dass die Direktionen oder deren Mitarbeitende der GPK Anträge zugespielt hätten. Ich möchte dies dementieren. Der GPK wurde kein Zusatzantrag zugespielt. Alle Anträge betreffen Bereiche, mit welchen sich GPK-Mitglieder schon seit Jahren beschäftigen und deren Entwicklung aufmerksam verfolgt wird. Mit dem formulierten Änderungsantrag, welchen Sie auch auf dem blauen Blatt finden, empfiehlt die GPK das Budget der Baudirektion zur Annahme.

Augsburger-Brom, Fraktion SP: Dem Budget der Baudirektion ist zweifellos anzusehen, dass der Aufwand, wo immer möglich, zu kürzen ist. Dies ist kein Vorwurf

sondern eine Feststellung. In der heutigen finanziellen Situation der Stadt war es die Aufgabe des Gemeinderats, diese Kürzungen vorzunehmen. Wie die Diskussionen zeigen, ist der Stadtrat jedoch nicht mit allen Kürzungen und Aufstockungen einverstanden. Es gibt aber einige positive Aspekte. So wird beispielsweise das Trottoir im Mettmoos nächstes Jahr gebaut. Dies zeigt, dass der Gemeinderat versucht hat, die parlamentarischen Entscheide durchzusetzen. Dies freut nicht nur Herrn Ogi. Es gibt auch andere Beispiele wie Konto 956.31800000. Hier steht bei den Abweichungen "Der Betrag für die Sensibilisierungskampagne im Litteringbereich wurde gekürzt". Dies scheint mir ein wenig kontrovers zum Traktandum 29 zu sein, welches heute wohl nicht mehr behandelt wird. Dort verspricht der Gemeinderat, sich vermehrt gegen das Littering einzusetzen. Auch dies ist eine Feststellung. Die Fraktion SP ist aber nicht einverstanden mit den Kürzungen beim Gebäudeunterhalt. Dort kann nicht gespart werden. Was nicht erledigt wird, kommt später und die Aufwände werden immer nur grösser. Die Fraktion SP unterstützt den Antrag und die Begründungen der GPK, den Aufwand für den Gebäudeunterhalt gegenüber dem Budget 2009 unverändert zu belassen.

Calegari Patrick, SVP: Auch ich unterstütze den Antrag der GPK. Ich werde immer betonen, dass beim Liegenschaftsunterhalt nicht gespart werden darf. Renovationen müssen gemacht werden. Solche Unterlassungen sind ein schlechtes Geschenk an zukünftige Generationen.

Im vorliegenden Budget ist mir die Position "Park & Ride" aufgefallen, welche mit CHF 10'000.- aufgeführt ist (Konto 36394005). Diese Position ist neu. Sicher handelt es sich um eine gute Idee, ich möchte aber etwas genauer wissen, wofür dieses Geld vorgesehen ist.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Danke für die grundsätzliche Zustimmung zum Budget der Baudirektion. Ich möchte den Stadtrat dazu auffordern, dem Budget so zuzustimmen, wie es der Gemeinderat vorschlägt und den sicher gut gemeinten Antrag der GPK abzulehnen. Der Finanzdirektor hat erklärt, wie der Budgetierungsprozess funktioniert. Es gibt die Plafondrunde und die Baudirektion wollte dort solidarisch mit den anderen Direktionen ihren Sparwillen zum Ausdruck bringen. Als Baudirektor trage ich die politische Verantwortung für den Plafondbetrag und ich kann damit leben. Wie Frau Stöckli richtig erwähnt hat, ist es bei der Baudirektion schwierig zu sparen. Die hauptsächlichen Budgetposten sind Löhne, Honorare und Abgeltungen an den öffentlichen Verkehr. Bei diesen Posten kann kaum gespart werden. Dann ist da noch der Gebäudeunterhalt, um welchen jedes Jahr gestritten wird. Zur Ehrenrettung der Baudirektion möchte ich jedoch erwähnen, dass im Bereich Gebäudeunterhalt recht viel gemacht wird. Ich muss mich vehement dagegen wehren, Frau Stöckli, wenn von einem Desaster gesprochen wird. Es ist klar, dass der Betrag beim Gebäudeunterhalt um CHF 117'000.- zurückgefahren werden muss. Es wird aber nicht nur beim Verwaltungsvermögen gespart, sondern auch bei der CTS, wie dies der Praxis entspricht. Ein sinnvoller Gebäudeunterhalt ist immer noch möglich, auch wenn Herr Calegari und Frau Stöckli anderer Meinung sind. Die Stadt geht sicher nicht unter, wenn der vom Gemeinderat budgetierte Betrag angenommen wird. Die politische Verantwortung für den Gebäudeunterhalt trage ich, und ich empfehle dem Stadtrat, die Sparbemühungen der Baudirektion zu unterstützen. Die Tatsache, dass die CTS jedes Jahr mindestens CHF 700'000.- an den Gebäudeunterhalt erhalten soll, ist nicht in Stein gemeisselt. Es wäre nicht

korrekt, die CTS von allen Sparbemühungen zu verschonen, deshalb gehen zwei Drittel der Sparmassnahmen zu Lasten des normalen Verwaltungsvermögens und ein Drittel zu Lasten der CTS. Es ist klar, dass die Projektleitenden lieber etwas mehr Geld zur Verfügung hätten. Ich kenne diese Leute aber und es ist noch gewisser Spielraum vorhanden.

Zur Frage zum "Park & Ride": Dieser Budgetposten stützt sich auf einen Vorstoss von Stefan Kaufmann (Postulat 20060370, "Park and Ride System für Bahnhofparking"). Dementsprechend erhält jemand, der das Bahnhofparking benutzt, ein Billet für die Benutzung der Verkehrsbetriebe in der Innenstadtzone. Dies wird mit CHF 10'000.- an die VB abgegolten. Ich bitte den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das Budget unverändert anzunehmen.

Stöckli Schwarzen Heidi, GPK: Zur Klärung: als ich von Desaster sprach, meinte ich die Situation, welche bei den Schulhäusern passiert ist. Ich meinte nicht, dass jetzt bereits ein Desaster beim Gebäudeunterhalt vorprogrammiert ist, aber *"wehret den Anfängen"*!

Bei der CTS sagt der Baudirektor, es sei kein Problem, beim Gebäudeunterhalt die Grenze von CHF 700'000.- zu unterschreiten. In diesem Zusammenhang möchte die GPK wissen, ob dieses Vorgehen mit der CTS abgesprochen ist und was diese dazu sagt.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich habe ein Doppelmandat und bin Verwaltungsrat bei der CTS. Es stimmt, dass die Kürzungen mit der CTS nicht abgesprochen wurden. Es gibt jedoch keine gesetzliche Regelung, wonach die CTS jedes Jahr mindestens CHF 700'000.- für den Gebäudeunterhalt zugute hat. Wenn generell CHF 150'000.- gespart werden, ist es nur richtig, wenn auch der Beitrag an die CTS gekürzt wird. Sonst würde die CTS begünstigt und die anderen Liegenschaften belastet. Die CTS geht aber nicht zu Grunde, wenn ihr Betrag um CHF 50'000.- gekürzt wird.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich möchte der GPK eine Frage stellen zu der Problematik des Gebäudeunterhalts. Weshalb sollen die Kürzungen beim Gebäudeunterhalt nur bei der Baudirektion rückgängig gemacht werden? Warum nicht auch bei allen anderen Gebäudeunterhaltskonten, wie zum Beispiel bei der Finanzdirektion? Selbstverständlich kann die GPK selber entscheiden, was sie machen will, ihre Vorschläge sind jedoch etwas seltsam. Vorhin habe ich erklärt, dass im Rahmen des Sachaufwandes prozentuale Kürzungen vorgenommen wurden. Der Gebäudeunterhalt gehört auch zum Sachaufwand. Selbstverständlich gilt dieses Vorgehen sowohl beim Hochbauamt als auch bei Bauten, die im Finanzvermögen oder im Sondervermögen sind. Für zukünftige Budgetprozesse wäre es für mich wichtig zu wissen, nach welchen Kriterien die GPK und der Stadtrat seine Budgetvorgaben macht.

Stöckli Schwarzen Heidi, GPK: Ich gebe Antwort auf die Frage des Finanzdirektors und Stadtpräsidenten. Die GPK hat sich auf den Hochbau konzentriert, da sich die GPK und der Stadtrat seit Jahren für diesen Bereich einsetzen. Die anderen Direktionen wurden nicht einbezogen, weil die GPK nicht kleinlich sein wollte. Sie schaute die Situation aber genau an. Vielleicht würde sich auch noch die Frage

aufdrängen, was mit dem Budgetposten 314, "Baulicher Unterhalt" gemacht wird. Eigenartigerweise taucht dieser Budgetposten bei allen Direktionen auf. Um dem Stadtpräsidenten zu antworten: beim Präsidialstab auf Seite 11 sind bei diesem Budgetposten 314 letztes Jahr CHF 5'000.- budgetiert und im Budget 2010 wiederum CHF 5'000.-. Da gibt es nichts zu beanstanden. Bei der Finanzdirektion auf Seite 25 sind 2010 CHF 1,952 Mio. budgetiert und 2009 CHF 2,022 Mio. Die Liegenschaften mussten also ganz leicht einstecken. In der Sicherheitsdirektion auf Seite 39 waren 2009 CHF 61'700.- budgetiert und 2010 CHF 71'200.-. Bei der BSK-Direktion auf Seite waren es 2009 CHF 888'600.- und 2010 916'600.-. Wahrscheinlich wäre der Gemeinderat nicht erfreut gewesen, wenn die GPK noch eine Erhöhung dieser Beträge um je 10% gefordert hätte.

Für das nächste Budget sollte sich der Gemeinderat Gedanken dazu machen, ob es sinnvoll wäre, den Budgetposten 314 zum Beispiel in der Baudirektion zu zentralisieren. Es ist eigenartig, dass jede Direktion ein eigenes Konto Gebäudeunterhalt hat.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich finde es nicht korrekt, wie die GPK die verschiedenen Direktionen behandelt. Bei der Finanzdirektion wurden beim Gebäudeunterhalt CHF 260'000.- eingespart, bei der Baudirektion nur CHF 117'000.-. Der Stadtrat muss aber selber wissen, wie er dies regeln will...

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Nous allons passer au vote les deux propositions de modifications de la Commission de gestion. La première proposition concerne le compte 31400000 (page 96 / compte 540 Construction): Aggravation de 115'000 fr.

Vote

La proposition de modification est acceptée.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: La deuxième proposition de la Commission de gestion concerne le compte 36311000 (pages 96/97 / compte 540 Construction): Aggravation de 55'000 fr.

Vote

La proposition de modification est acceptée.

Comptes spéciaux

Grivel Pierre-Yves, au nom de la Commission de gestion: L'heure avance et je vais être très bref. Pour les comptes spéciaux, il n'y a pas de grandes différences par rapport aux autres années. Quatre secteurs ont des déficits compris entre 0,9 mio. fr. et 1,6 mio. fr. Il s'agit des crèches et des écoles gardiennes, des sapeurs-pompiers, de l'enlèvement des ordures et des eaux usées. Partout il est fait appel aux réserves, qui existent encore. Concernant les homes pour personnes âgées, le budget est équilibré. Il y a par contre deux nouveautés: les EMS devront, à l'avenir, financer eux-

mêmes leurs investissements, car le Canton se retire. Ensuite, les postes du foyer Viaduc ont été tracés du tableau des emplois municipaux.

Pour terminer, le budget des Transports publics biennois est joint en appendice. Nous devons en prendre connaissance. On ne nous demande pas notre avis! Le dernier point concerne ESB. Hier, nous avons longuement parlé de la taxe et de la modification de l'article 15 du Règlement d'ESB. Au mois d'août 2009, le Conseil municipal a pris la décision de simplifier la preuve des résultats d'ESB en faisant deux secteurs: un compte avec tous les résultats et un compte uniquement pour l'eau (disparition de la séparation électricité, gaz et eau).

Vous avez peut-être constaté, dans le document officiel Budget 2010, que les pages 126 à 134 sont vides. Je suis persuadé, que plusieurs personnes d'entre vous ont été très surprises. Elles ont certainement pensé qu'il y avait une faute ou un oubli. En fait, à partir des pages 145 à 151 plus la page 152, où figurent les détails de l'eau, vous avez toute une série d'annexes fournies par ESB. Je m'arrêterai là. Nous verrons s'il y a des discussions. Je vous remercie.

Grob Urs, Fraktion SVP plus: Es ist festzustellen, dass das Budget ESB neu präsentiert wird. Bis 2009 wurden jeweils die Sparten Gas, Wasser und Elektrizität gesondert ausgewiesen. Dies ist nicht mehr der Fall. Es wird nur noch eine Gesamtzusammenstellung des ESB vorgelegt und zuhinterst wird noch eine separate Aufstellung für die Sparte Wasser nachgeliefert. Dies bedeutet für den Stadtrat, dass keine Transparenz zwischen den einzelnen Sparten des ESB mehr herrscht. Aufgrunddessen scheint es mir seitens des Stadtrats nicht möglich, zum Budget überhaupt Stellung nehmen zu können. Es kann nicht gesagt werden, ob die Gas- und Strompreise Sinn machen, weil sie nur noch zusammen ausgewiesen werden. Ich habe sehr wohl versucht, mir ein Bild zu machen und ich kann Ihnen versichern, ich kenne die ESB-Rechnung, aber es geht einfach nicht mehr. Seitens der Fraktion SVP plus verurteilen wir dieses Vorgehen und planen einen Vorstoss, falls möglich sogar einen überparteilichen, der mehr Transparenz fordert.

Dennoch ein paar Worte zum Gesamtbudget: Die Fraktion SVP plus stellt fest, dass gegenüber der Rechnung 2008 ein deutlich höherer Aufwand budgetiert wird. Alleine der Büro- und Verwaltungsaufwand ist um 22% höher als in der Rechnung 2008. Gleichzeitig kann man aber auch feststellen, dass die Einnahmen aus Gas und Strom 8% tiefer sind, als 2008. Was heisst dies nun? Werden Tarife gesenkt? Falls ja, welche? Beim Gas oder doch bei der Elektrizität? Oder wird gar weniger Strom verkauft? Der Stadtrat wird im Ungewissen gelassen. Ich möchte den Stadtrat dazu motivieren, ebenfalls mehr Transparenz zu verlangen. Meines Erachtens ist das ESB nicht irgendeine Firma, sondern es ist ein Unternehmen, das uns allen, nämlich der Stadt Biel, gehört und daher ist eine gewisse Transparenz unumgänglich. In diesem Sinn lehnt die Fraktion SVP plus das Budget des ESB ab.

Nicati Alain, PRR: Il est tard et j'ai aussi envie d'aller me coucher! Monsieur Grob, vous demandez quelque chose qui n'est pas logique et qui ne correspond pas à la mission du Conseil de ville. Nous devons exercer la surveillance sur l'Administration municipale. La Commission de gestion doit exercer la haute surveillance. Le Conseil de ville n'est pas le Conseil d'administration d'ESB. Les chiffres d'ESB étaient présentés, dans l'ancienne comptabilité, de façon à ce que nous ne pouvions pas les

comprendre. Nous avons reçu, suite à une intervention parlementaire, que j'ai faite dans ce domaine, une nouvelle présentation des comptes ESB, qui donne les informations de la même manière que le reste du Budget, pour le reste de l'Administration. Si nous voulions suivre Monsieur Grob, nous devrions demander, à toute l'Administration, de nous donner un budget ou des comptes à peu près quatre fois plus gros que ceux que vous avez maintenant. Qu'en feriez-vous? J'ai moi-même déjà de la peine à lire le Budget, jusqu'à la dernière ligne, alors que je suis à la retraite! Je ne peux pas partager l'opinion de Monsieur Grob. Avec les chiffres reçus d'ESB, nous avons ce qu'il nous faut pour le travail du Conseil de ville.

Sutter Andreas, SVP: Ich möchte das Votum von Herrn Grob unterstützen. Es waren vielleicht nicht alle damals im Stadtrat dabei, als in einem schwierigen Prozess versucht wurde, den ESB auszugliedern. Würde man heute eine Bilanz der Einnahmen/Ausgaben einer ESB AG zur Kenntnis nehmen, wäre dies vollkommen anders. Es gab damals aber gute Gründe, warum die verschiedenen Aktivitäten des ESB unterschiedlich behandelt wurden. Per Saldo aller Gründe wurde deshalb der ESB nur teilweise autonom. Ich bin der Meinung, dass der Stadtrat genau aus denselben Gründen ein Anrecht darauf hat, zumindest spartenweise Ergebnisse zu erfahren. Letztlich wurde in diesem Zusammenhang die Zuweisung von Grabungsarbeiten zur einen oder anderen Sparte kontrovers diskutiert. Ein Antrag des Gemeinderats wurde gar abgelehnt. Diese Gründe sprechen durchaus dafür, dass der Stadtrat hier mehr Transparenz verdient hat.

Arnold Marc, SP: Sehr geehrter Herr Sutter: Es spielt keinerlei Rolle, ob der ESB eine Aktiengesellschaft ist oder eine nichtautonome städtische Abteilung. Das Gesetz ist nämlich klar. Ich habe hier das Bundesgesetz zur Stromversorgung und hier wird klar festgehalten, dass eine getrennte Rechnungslegung notwendig ist. Sogar wenn im Netzbereich unterschiedliche Ebenen bestehen, ist der ESB verpflichtet, auch bei diesen eine eigene Rechnung zu führen. Ich kann mich daher ebenfalls nicht mit der vorliegenden Vereinfachung der Rechnungslegung einverstanden erklären. Ich fordere den ESB, respektive den Gemeinderat auf, dass er dem Stadtrat wie früher ein detailliertes Budget vorweist, zumal dieser ja die Aufsichtsbehörde des ESB ist. Ferner soll der ESB dazu angehalten werden, eine gesetzeskonforme Darstellung der Zahlen vorzunehmen. Auch wenn wir hier vom Budget sprechen, der ESB ist gehalten, seine Jahresrechnung der Elcom zur Genehmigung vorzuweisen. Da nun bereits das Budget so präsentiert wird, wie wird dann erst die Rechnung aussehen? Ich verlange aber eine detaillierte Rechnung wie meine Vorredner dies bereits verlangt haben, damit diese nachvollzogen und kontrolliert werden kann.

Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin: Es ist tatsächlich so, dass dieses Jahr die Darstellung des Budgets anders aussieht als in den Vorjahren. Ich kann Sie beruhigen, Herr Arnold: Die Rechnung des ESB wird künftig ebenfalls so aussehen. Warum machen wir dies? Sie haben richtigerweise das massgebliche Gesetz zur Hand genommen. Dieses hat geändert. Sie haben den Text durchaus richtig zitiert, der verlangt, dass der ESB (aber auch alle anderen Energieversorger) die Rechnung nach bestimmten Kriterien präsentiert. Diese Vorgaben sind sehr präzise und wesentlich detaillierter als bisher. Der ESB wird diesen Vorgaben nachkommen. Der Gemeinderat hat dem neuen öffentlichen, aber auch dem internen Kontenplan in eigener Kompetenz zugestimmt. Die vorgenommenen Veränderungen erfolgten, weil das Stromversorgungsgesetz geändert hat. Dies hat einen riesigen Einfluss auf das

gesamte Rechnungswesen des ESB ausgeübt und viel Arbeit generiert. Neu müssen nämlich viele Arbeiten neuen Konten zugewiesen werden. Der ESB muss sich an diese Vorschriften halten, weil der Elcom sämtliche Informationen vorgelegt werden müssen. Gegenüber dem Regulator muss also eine uneingeschränkte Transparenz herrschen. Dies ist auch richtig so, zumal sich der ESB in einem zumindest teilweise offenen, liberalisierten Markt bewegt. Die grossen Stromkunden können bereits heute selber wählen, von wem sie ihren Strom beziehen wollen. Rund die Hälfte des Stromumsatzes ESB betrifft diejenige Kundschaft, die ihren Anbieter frei wählen kann. Diese können den Strom also entweder beim ESB, aber auch bei irgendjemand anderen beziehen. Dies ist genau der neue Unterschied: Bei Dokumenten, die nach aussen dringen, also auch an die Medien gelangen, kann der ESB nicht mehr das Gleiche ausweisen, wie er dies in den internen Papieren tut. Am meisten weist er gegenüber der Elcom aus, etwas weniger gegenüber dem Gemeinderat. Bei beiden aber wird wesentlich mehr ausgewiesen, als gegenüber dem Stadtrat. Die detaillierteren Auskünfte stehen aber jederzeit auch der GPK zur Einsichtnahme zur Verfügung. Über die GPK kann also der Stadtrat jederzeit vollumfänglich in die ganze ESB-Rechnung Einsicht nehmen. Der Unterschied ist aber, dass der ESB angesichts der erfolgten Öffnung des Strommarktes die Zahlen nicht der Öffentlichkeit zugänglich machen möchte. Der ESB muss hier als Marktteilnehmer geschützt werden und er befindet sich nicht mehr in derselben Situation wie in den letzten Jahren! Es hat eine wesentliche Änderung stattgefunden und dem ESB müssen als Konkurrenten in einem liberalisierten Markt auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sich auf dem Markt behaupten kann. Die Neuerungen sind also nicht "auf dem Mist" des ESB gewachsen, sie sind in Absprache mit der Finanzdirektion, aber auch den kantonalen Behörden (Amt für Gemeinden und Raumordnung) erfolgt. Es gibt übrigens auch noch ein Gutachten zu dieser ganzen Rechnungslegungs-Problematik, welches von der Revisionsgesellschaft BDO Visura verfasst wurde.

Aus all diesen Gründen ist es für den Gemeinderat einleuchtend, dass die neue Darstellungsform des Budgets, aber auch der Rechnung, der heutigen Darstellung folgen. Gemeinderat und GPK werden aber weiterhin zuhause des Stadtrats sehr detaillierten Zugang zu weiteren Informationen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal der GPK danken, denn auch sie hat sich mit dieser Thematik vertieft auseinandergesetzt. Ich danke auch Herrn Nicati, denn auch er hat das ESB kontaktiert und sich erkundigt. Offenbar war er zu Beginn sehr skeptisch, aber wenn man die Hintergründe kennt und miteinander spricht, lassen sich gewisse Mechanismen leichter verstehen.

Ich möchte noch einmal auf die Eintretensdebatte zurückkommen: Es wurde gesagt, dass der ESB eventuell CHF 2 Mio. oder einen Betrag in dieser Grössenordnung (CHF 1,84 Mio.) aus den Reserven entnehmen muss. Der Stadtrat hat diese Information etwas konsterniert aufgenommen. Tatsächlich war offenbar vielen nicht bekannt, dass der ESB bereits in den letzten Jahren Entnahmen im Umfang von rund CHF 2 Mio. aus den Reserven plante, sich dies aber letztlich nicht als notwendig erwies. Es ist natürlich klar, dass die Abschlüsse für das nächste Jahr heute noch nicht bekannt sind, es ist mir aber wichtig, zu betonen, dass solche Entnahmen nichts Ungewöhnliches sind. Der ESB hat Reserven in der Höhe von rund CHF 8 Mio., wobei der Grossteil derselben Reserven im Energiehandel sind. Noch ist unklar, wie sich dieser Bereich weiter entwickelt, ob die Einnahmen weiter abnehmen, ob die Tarife gesenkt oder weniger Strom verkauft werden wird. Die Öffnung des Marktes für

Grosskunden bewirkte eine vorsichtiger Budgetierung seitens des ESB. Ich kann allerdings zur Beruhigung hier sagen, dass der ESB im laufenden Jahr nur einen Kunden verloren hat, dessen Gründe gut nachvollziehbar sind. Alle anderen grossen Kunden konnte der ESB behalten und wird ihnen entsprechend Sorge tragen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum Budget des ESB für das nächste Jahr.

Arnold Marc, SP: Frau Schwickert, mir scheint, es wäre ein Leichtes gewesen, die Bereiche Gas und Elektrizität getrennt darzustellen. Dies umso mehr als Sie gesagt haben, dass der ESB aus Konkurrenz- und Datenschutzgründen geschützt werden muss. Ich erinnere an Artikel 12 des Stromversorgungsgesetz: Dieser verlangt die Veröffentlichung aller Angaben! Ich sehe also nicht ein, weshalb ausgerechnet der Stadtrat diese Informationen nicht erhalten soll.

Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin: Ich kann Sie beruhigen, Herr Arnold: Der Gemeinderat wird alles veröffentlichen, was er veröffentlichen muss!

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Nous arrivons au terme de cette discussion, il n'y a aucune proposition à voter.

Avant d'arriver au vote final du Budget, j'aimerais vous informer, que nous devons traiter ce soir les points 11 et 12 de l'ordre du jour, ceci à la demande du Conseil municipal. Vu l'heure avancée, les autres objets seront renvoyés au mois prochain.

Nous arrivons au vote final du projet d'arrêté du Budget. Le montant du déficit, que vous trouvez à la page 4 du rapport, qui était de 19'877'200 fr. a été augmenté, avec toutes les propositions d'amendements votés ce soir, à 21'214'280 fr. Les produits restent inchangés. Le montant des charges est augmenté de la même valeur que l'augmentation du déficit. Le projet d'arrêté comporte au point 1 les points a) et b). Un vote séparé sur ces points est-il demandé? Ce n'est pas le cas.

Vote

Le projet d'arrêté est accepté avec 38 OUI contre 7 NON et 9 abstentions.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Nous passons au vote sur le message pour le peuple. Les montants figurant dans ce message devront être adaptés à toutes les décisions prises ce soir. D'autres projets d'amendement sont-ils formulés concernant ce message? Ce n'est pas le cas.

Vote

Le message est approuvé avec des modifications.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Es ist mir gerade etwas schnell gegangen, was die Botschaft an das Volk anbelangt. Selbstverständlich sind redaktionelle Anpassungen gestützt auf die vorherigen Beschlüsse des Stadtrats vorzunehmen. Beispielsweise wurden aufgrund der Stadtratsbeschlüsse die Busabonnementvergünstigung für Ergänzungsleistungsempfänger und auch gewisse Subventionen nicht gestrichen. Dies gilt es, in der Botschaft entsprechend anzupassen. Ich wäre froh, wenn

beschlossen würde, dass die Anpassungen im Text noch vorgenommen werden können.

Ich muss Ihnen sagen, dass es für den Gemeinderat inskünftig sehr schwierig werden wird, Budgets zu präsentieren. Offensichtlich ist keiner der vom Gemeinderat eingeschlagenen Wege zu Sparen für den Stadtrat akzeptabel. Dies stellt für den Gemeinderat ein Rätsel mit vielen Geheimnissen dar, aber die Aufgabe des Gemeinderats wird weiterhin und auch in einem Jahr sein, dem Stadtrat Massnahmen vorzuschlagen, die weiter gehen, als die heute abgelehnten. Ansonsten wird die Stadt nicht umhin kommen, eine Steuererhöhung ins Auge zu fassen. In Grenchen beispielsweise hat das Parlament genau das Gegenteil des hiesigen Parlaments gemacht. Es hat über eine Mio. CHF eingespart. Ich möchte Ihnen dies einfach mitteilen, damit Sie wissen, mit welchen Schwierigkeiten der Bieler Gemeinderat kämpft. Die heute beschlossenen Mehrausgaben in der Höhe von rund 1,34 Mio. CHF machen rund 7% des Defizits aus! Ich sage es nochmals: Der Gemeinderat wird in den nächsten Jahren nicht umhin kommen, gleichlautende Anträge zu stellen. Andere Wege zeichnen sich im Moment keine ab. Der Gemeinderat ist Ihnen aber dankbar, falls Sie solche sehen, wenn Sie uns dies mitteilen. Danke!

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Le message sera adapté en conséquence, comme je l'ai dit tout à l'heure.

214. 20080260 Tram régional: contribution à l'avant-projet / crédit additionnel

Rüfenacht Martin, GPK: In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde möchte ich mich ganz kurz halten. Die GPK hat den Bericht mit grossem Interesse gelesen und kann Verständnis aufbringen, dass aufgrund des neuen Streckenabschnitts Ipsach-Biel gegenüber dem Vorprojekt massiv erhöhte Kosten für die Planung und die Kommunikation resultierten. Gleichzeitig möchte die GPK aber bereits heute den Finger auf diesen wunden Punkt legen, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das finanzielle Desaster beim Bärenpark in Bern. Wenn also bereits heute klar ist, dass die Kosten massiv höher ausfallen, dann ist es auch bereits heute wichtig, dass das Vorprojekt genau ausgearbeitet wird. In diesem Sinn unterstützt die GPK den Vorschlag des Gemeinderats einstimmig.

Vote

Vu le rapport du Conseil municipal du 14 août 2009, et s'appuyant sur l'article 39, alinéa 1, lettre f du Règlement de la Ville de Bienne du 9 juin 1996 (RDCo 101.1), le Conseil de ville de Bienne **arrête:**

1. Un crédit additionnel de 385'000 fr. est alloué et libéré concernant la phase d'avant-projet "Tram régional pour l'agglomération biennoise" à la charge du financement spécial n°2281.5201 " Nouvel axe de transports publics pour l'agglomération biennoise".

2. Le Conseil municipal est chargé d'exécuter cet arrêté.

215. 20070365 Harmonisation des registres selon les directives de la Confédération et du canton / Sous-projet EGID/EWID / Contrat de prestation / Crédit additionnel

Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion: Dans la Loi fédérale du 23 juin 2006 sur l'harmonisation des registres des habitants et d'autres registres officiels de personnes (Loi sur l'harmonisation de registres, LHR; RS 431.02), l'harmonisation des registres des habitants est définie comme ayant un caractère contraignant dans les cantons et les communes. Un crédit d'engagement a été octroyé, en mars 2008, pour débiter le travail, qui consiste à harmoniser ces données. Le délai accordé par le Canton afin de fournir les données a été fixé au 31 décembre 2010.

Après vérifications, la Commission de gestion vous recommande d'accepter le montant additionnel demandé de 638'551 fr., au vu de la difficulté de déterminer au départ le montant qu'il faudra allouer pour réaliser ce travail, qui semble beaucoup plus complexe que dans les plus petites communes. Merci de votre attention.

Mischler Peter, Fraktion SP: Die Fraktion SP hat sich diesem Geschäft auch angenommen. Gestützt auf das Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG; SR 431.02) sowie das kantonale Gesetz über die Harmonisierung amtlicher Register, RegG; BSG 152.05 vom 28. November 2006 werden die Einwohnerregister der Gemeinden und Kantone neu geregelt. Bis 2012 muss jede und jeder EinwohnerIn eine Wohnungsnummer haben. Es ist vorgesehen, dass die Schweizerische Post die Stadt Biel bei der Zuteilung des Eidgenössischen Gebäudeidentifikators (EGID) und des Eidgenössischen Wohnungsidentifikators (EWID) unterstützt. Dem Bericht ist ferner zu entnehmen, dass die Mutationen anschliessend durch die Firma Exsigno AG und die Abteilung Informatik und Logistik vorgenommen werden. Die Anwendung GERES ist in der Stadt Biel angeblich am 30.09.2009 in das Produktivsystem aufgenommen worden. Zu diesem Zeitpunkt waren aber rund 5'500 Datensätze fehlerhaft und konnten noch nicht übernommen werden. Das Personal der Abteilung Bevölkerung ist laufend daran, diese Fehler zu korrigieren. GERES bedeutet für die Abteilung Bevölkerung einen sehr grossen Mehraufwand. Es ist daher abzusehen, dass die personellen Mittel langfristig nicht ausreichen werden, um diese Korrekturen laufend vorzunehmen und gleichzeitig das Tagesgeschäft nicht zu vernachlässigen. In der Stadt Bern beispielsweise wurden aufgrund des enormen Mehraufwands zusätzlich zwei Vollzeitstellen geschaffen. Verzeihen Sie mir, wenn auch ich, wie es der Gemeinderat jeweils macht, ein Beispiel aus einer anderen Stadt zitiere. Es ist wichtig, dass der Kredit für die Vergabe an diese externe Unternehmung gesprochen wird, denn die Abteilung Bevölkerung verfügt nicht über die notwendigen personellen Ressourcen, um die Arbeiten termingerecht durchführen zu können. Ferner hat die Stadt Biel keine Wahl, sie muss sich an die gesetzlichen Vorschriften halten. Die Fraktion SP stimmt diesem Geschäft und damit dem Dienstleistungsvertrag mit der Post zu, hat aber noch einige Fragen:

1. Hat die Stadt Biel trotz der fehlerhaften Datensätze ihre Pflicht zur Erhaltung des Kantonsbeitrages in der Höhe von ca. CHF 100'000.- erfüllt?
2. Verbleiben die weiteren Mutationen des EGID und EWID anschliessend bei der Firma Exsigno AG und der Abteilung Informatik?
3. Wie sieht der Personalbestand der Abteilung Bevölkerung inskünftig aus, wenn diese zusätzlichen Arbeiten bewältigt werden müssen?
4. Ist der Datenschutz vollumfänglich gewährleistet?

Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin: Das vermutlich letzte Geschäft und vermutlich letzte Votum meinerseits. Ich danke für die positive Aufnahme. Ich kann Ihnen direkt hinaus sagen, dass es sich um ein ungeliebtes Geschäft handelt. Wenn die Sicherheitsdirektion diese Aufgabe nicht erfüllen müsste, denke ich nicht, dass jemand auf diese Idee käme... Die zu vollziehenden Arbeiten sind wahnsinnig aufwändig, wie Herr Mischler dies zu Recht erwähnt. Praktisch die ganze Verwaltung und viele Abteilungen sind involviert und es gilt, dies alles noch zusätzlich zum Tagesgeschäft zu erledigen. Der Baudirektor findet zwar, es sei ein "nice to have"-Geschäft, wir haben aber gehört, es gilt, übergeordnetes Recht nachzuvollziehen und ist damit zwingend. Die Sicherheitsdirektion hatte die Aufgabe, alle Involvierten immer wieder an einen Tisch zu bringen um möglichst die Resultate zu erzielen, die verlangt werden. Ende September 2009 sind die ersten Schritte hierzu erfolgt, dabei hat sich herausgestellt, dass die Fehlerzahlen nicht mehr so hoch ausfielen wie im Bericht erwähnt, Herr Mischler. Das im Bericht erwähnte Zahlenmaterial bezog sich noch auf einen vorherigen Testlauf, welcher alle Beteiligten extrem beunruhigte. Dannzumal herrschte die Ansicht, dass die notwendige Quote nie mit eigenen Ressourcen erreicht werden kann, damit der Kanton auch zufrieden gestellt werden kann. Dieser akzeptiert nämlich nur eine kleine Abweichung. Im Nachhinein konnten aber die notwendigen Korrekturen angebracht werden. Heute kann ich sagen, dass der Kanton Biel schriftlich bestätigt hat, dass die Vorgaben für Biel per 30.09.2009 eingehalten sind. Die Fehlerquote liegt somit im zulässigen Bereich, womit auch der Kantonsbeitrag gewährt werden wird. Darüber bin ich sehr froh. Dennoch weise ich darauf hin, dass dies erst die erste Etappe der Arbeiten ist, die abgeschlossen werden konnte. Im Kredit wird aber bereits die nächste, grosse und zweite Etappe erwähnt, welche insbesondere auch der Baudirektion viel abverlangen und letztlich auch die Abteilung Bevölkerung fordern wird. Insofern haben Sie recht, Herr Mischler. Die Bewirtschaftung der Daten ist anspruchsvoll, weil heutige Daten morgen schon wieder veraltet sein können. Das Nachführen dieser Daten ist tatsächlich noch nicht geregelt. Im Hinblick auf die Volkszählung hat die Sicherheitsdirektion die Aufgabe, diese beiden Register innerhalb der nächsten 12 Monate anzupassen.

Sie haben die Stadt Bern bezüglich des zusätzlichen Personals zitiert, Herr Mischler. Auch Bern greift wie andere Städte auf die Daten der Post zurück. Teilweise tun dies auch Kantone, wie Zürich. Tatsache ist, dass die Wohnungszuteilung für einzelne vor allem grössere Gemeinden gar nicht möglich ist. Aus diesem Grund bin ich dem Stadtrat dankbar, wenn er diesen Kredit spricht, denn diesfalls kann der Gemeinderat die Arbeiten in Zusammenarbeit mit der Post an die Hand nehmen. Was Ihre zweite Frage anbelangt, Herr Mischler, so verbleiben tatsächlich weitere Aufgaben bei der Sicherheitsdirektion, vor allem bei der Abteilung Bevölkerung. Wie und durch wen diese Daten à jour gehalten werden können, gilt es tatsächlich noch genau anzuschauen. Bezüglich der letzten Frage betreffend Datenschutz konnten Sie dem Vertrag entnehmen, dass eine Regelung mit der Post besteht, die auch in anderen

Städten und Kantonen gilt. Die Post kann die Daten nicht verwenden, beispielsweise darf sie diese nicht verkaufen, was das Schlimmste wäre, was Biel passieren könnte. Ich danke Ihnen abschliessend nochmals für Ihre Zustimmung zu diesem Kredit.

Vote

Vu le rapport du Conseil municipal du 11 septembre 2009, le Conseil de ville de Bienne **arrête** en vertu de l'art. 39 al. 1 let. g du Règlement de la ville du 9 juin 1996 (RDCo 101.1):

1. Un crédit additionnel de 638'551 fr. est accordé sur le crédit d'engagement n° 36000.0002 pour la réalisation du projet «GERES» relatif à l'harmonisation des registres officiels et à l'attribution des EGID et des EWIG.
2. Toute dépense supplémentaire due au renchérissement est d'ores et déjà approuvée.
3. Le Conseil municipal est chargé d'exécuter cet arrêté. Il est habilité à procéder à des modifications de projet s'avérant nécessaires ou indispensables, dans la mesure où elles ne changent pas le caractère global du projet. Le Conseil municipal est habilité à déléguer cette compétence à la direction responsable.
4. Les revenus éventuels issus du projet «GERES» seront imputés au crédit d'engagement n° 36000.0002.

Ammann Olivier, président du Conseil de ville: Nous allons terminer la séance maintenant. Je me réjouis de vous retrouver au mois de novembre avec les 24 points restants de ce jour. Bonne fin de soirée.

Fin de la séance / Schluss der Sitzung: 23.55 heures / Uhr

Le président du Conseil de ville / Der Stadtratspräsident:

Olivier Ammann

La secrétaire parlementaire / Die Ratssekretärin:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Carole Aeschlimann

Claire-Lise Kirchhof